Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1589
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 21. Mittwoch, 25. Januar 1922, abends. 75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, monatlich 8.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 50 Pf. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 2 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 2.— Mark, Ortspreis 1.75 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 75 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Lichtträgige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kohlenverkaufspreise.

In Abänderung unserer Bekanntmachungen vom 27. 9. und 28. 11. 1921 werden hiermit mit sofortiger Wirkung für Niederlausitzer Salon- und Industriebriketts folgende Kleinverkaufspreise festgesetzt:

Preis ab Lager des Kohlenhändlers:	Preis frei vor das Haus bei Zufuhr bis 15 Ztr.	von 15 bis 30 Ztr.	über 30 Ztr.
24,50 M. pro Ztr.	26,50 M. pro Ztr.	26,10 M. pro Ztr.	25,80 M. pro Ztr.

Für das Zufahren und Bringen der Briketts in die Kellerräume des Empfängers in Körben oder Säcken darf der Kohlenhändler zu den Preisen ab Lager einen Zuschlag von 3 M. für den Ztr. berechnen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 25. Januar 1922.

Brotmarkenausgabe in Gröba.

Die **Brotmarken** für die Zeit vom 30. 1. bis 26. 2. werden an den bekannten Tagen im hiesigen Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, ausgegeben. **Der Gemeindevorstand.**

Die **Stromgelder** sind bis 5. Februar 1922 zu bezahlen.
Weida bei Riesa, am 25. Januar 1922. Der Gemeindevorstand.

Oeffentliche Gemeinderatssitzung Sonnabend, den 28. Januar 1922, abends 7 Uhr im Gasthof Walther. Tagesordnung hängt aus.
Weida bei Riesa, am 25. Januar 1922. Der Gemeindevorstand.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 25. Januar 1922

—* **Der Eisenbahnerstreik in Sachsen.** Auf Bahnhof Friedrichstadt in Dresden sind Dienstag nachmittag von 800 Beschäftigten nur 25 weggeblieben. Die Rangierdienstleitungen sind durchweg besetzt, sodaß damit der Rangierdienst sichergestellt ist und der Güterverkehr sich reibungslos abwickelt. — In Engelsdorf bei Leipzig haben von 4000 Eisenbahnern nur 200 an der Abstimmung über den Streik teilgenommen. Der Betriebsrat hat sich daraufhin an dem Streik überhaupt nicht beteiligt. Nach Meldungen der Dresdner Abendblätter kann der wilde Eisenbahnerstreik in Dresden und Umgebung nunmehr als zusammengebrochen gelten. Das Personal ist größtenteils wieder zur Arbeit erschienen, obwohl von einer geregelten Durchführung des Betriebes noch nicht gesprochen werden kann. Die Güterbahnhöfe sind zum Teil verstopft. Die Kohlennot erhöht die Schwierigkeiten, sodaß bereits die Gefahr einer Einstellung des Gaswerkbetriebes droht. — Die Ortsgruppe Plauen i. V. des Deutschen Eisenbahnerverbandes beschloß vorgestern abend in einer Versammlung, zunächst die in Berlin fallende Entscheidung in der Lohnfrage abzuwarten. Die überwiegende Mehrheit der Versammlung vertrat jedoch die Ansicht, daß ein Streik kaum zu vermeiden sein würde, wenn den berechtigten Forderungen der Eisenbahner nicht nachgekommen werde.

—* **Die Künstlerische Schaubühne** brachte gestern abend als letzte Vorstellung ihrer fünftägigen Gastspielreihe das Kostüm-Lustspiel „Komtesse Guckerl" von F. v. Schönthan und F. Koppel-Ellfeld zur Aufführung. Inhaltlich hatte es uns von den diesmal gebotenen Stücken am wenigsten zu sagen. Der bunte Glanz der Restaurationszeit — prunkende Uniformen, zartfarbene Gewänder und flatternde Schleiertücher — und das Hineinspielen historischer Zusammenhänge müssen für eine magere Handlung entschädigen. Aber ein netter, unterhaltsamer Abend war auch der gestrige. Das Stück spielt im Jahre 1818 und ist eine Karlsbader Badekomödie, in der russische und deutsche Helden des Befreiungskrieges auftreten. Auch an Goethe wird der Zuhörer erinnert. Die Hauptperson des Lustspiels ist die wienerisch plauschende Gräfin Hermance von Trachau, wegen ihrer wunderbaren Augen auch „Komteß Guckerl" genannt. Auf der Darstellung dieser an die „Madame Sans-Gene" erinnernden schalkhaften Wiener Komteß mit dem guten Herzen und naturfrischen, rücksichtslosen Sinn ruht die Hauptwirkung des Stückes. **Franziska Reuß-Hilpert** gab der Komteß Guckerl zwar von ihrer heroischen Persönlichkeit, aber sie war eine so liebenswürdige Komteß voll Geist, Witz und einem fröhlichen blitzenden Lachen, daß sie mit ihrem Spiel einen heiteren Genuß bot und einen neuen Beweis ihrer unerschöpflichen Gestaltungskraft ableate. Die Cilly der **Charlotte Heyn** war ein Hofratstöchterlein so schalkhaft drollig, von so erfrischender Natürlichkeit, daß ihr die Herzen im Sturm auflogen. Höchst amüsant, ohne in Uebertreibung zu verfallen, gestaltete **Max Jähnig** den Badekommissar. Und erst **Max Göthel** als Horst von Neuhoff! Wer hätte bezweifeln wollen, daß dieser ritterliche und flotte Reiteroffizier das Herz der Komtesse eroberte? Wenn der Hofrat Mittersteig nicht weiß wie er sich „wenden und drehen" soll, **Carl Zimmermann** wußte die Sache zu „drehen", er war voll köstlichem Humor. Der General Suwatscheff des **Otto Ottbert** war eine vornehme, sympathische Persönlichkeit und **Gertrud Walter** blieb als dünkelhafte Hofratsgattin ihrer Rolle auch nichts schuldig. Von den Nebenrollen, die ebenfalls gut gespielt wurden, sei noch die der Kammerjungfer erwähnt, die **Charlotte Friedrich** gab. Die Gäste haben in den nun hinter uns liegenden fünf Vorstellungen wiederum von der Bühne herab jenen Zauber ausgeübt, den nur reife und reifste Darstellungskunst zu bringen vermag. Der zahlreiche Besuch der Vorstellungen lieferte den Beweis, daß die Künstler es verstanden haben, sich hier einen großen Kreis dankbarer Anhänger zu schaffen. Sie dürfen zufrieden mit der ihnen zuteil gewordenen Aufnahme unsere Stadt verlassen und können die Gewißheit mitnehmen, daß man in Riesa sich auf das „Wiedersehen" freut. —l.

—* **Im Zeichen der christlichen Jugend** soll der Lichtspielabend stehen, den der evang. Jungmännerverein am Sonnabend veranstaltet. Die evangelische Jugend, wie sie sich in den evangelischen Jungmänner- und Jungfrauenvereinen Deutschlands zusammenschart, hat jetzt das Ziel, ihrem Volk Helfer sein zu wollen, klar erkannt. Sie hat die tatenlose Enge und Stille, in der sie viele Jahre wohl treu gearbeitet, aber nach außen hin brach gelegen hat, von sich geworfen und will jetzt ihre 8 Ziele unter das Volk tragen: einen in allen Stürmen des persönlichen und völkischen Lebens unerschütterlichen Glauben an Gott — eine aufrichtige, herzliche Bruderliebe zu allen Menschen, um die furchtbaren Klassengegensätze in unserm Volk auszugleichen — und ein freudiges Streben nach Sittenreinheit, weil nur durch sie unserm Volk geholfen werden kann. In straffer Organisation scharen sich jetzt die 2000 Jungmännervereine Deutschlands mit ihren 160 000 Mitgliedern um ihren selbstgewählten Führer, den Reichsrat Lic. Stange. Zum Mai fand in Cassel erstmalig eine von 2200 Jugendlichen besuchte Reichstagung statt. Besonders in Sachsen ist freudiges Leben in vielen Vereinen zu spüren. Die berühmt gewordenen Posaunenfeste des evang. Jungmännerbundes (340 Vereine mit 15 000 Mitgliedern) — das 20. fand in Freiberg 1920, das nächste 1921 in Aue statt, während das diesjährige am 18. Juni in Bautzen stattfinden soll — sind stark von Jugendlichen besucht. Von dem Meißner Bundesfest am 3.—5. Sept. 21, das 2700 Jugendliche mit ihren Fahnen und Wimpeln in Meißens Mauern vereinigte, ist ein trefflich gelungener Film aufgenommen worden, der die einzelnen Veranstaltungen des Festes, wie den Festzug und die Sport- und Schwimmwettkämpfe in lebensvollen Bildern zeigt. Dieser Film wird am Sonnabend, 28. Januar (siehe Anzeige) im Wettiner Hof gezeigt. Ein Vortrag soll einen Ueberblick über die Bewegung geben. Der Abend wird beschlossen durch Vorführung des als ganz hervorragend zu bezeichnenden Films: „Das Wunder des Schneeschuhs". Wir raten dringend, sich diesen Abend mit seinem reichen, vielversprechenden Inhalt nicht entgehen zu lassen. Eintrittskarten werden in den Häusern angeboten und sind an der Abendkasse zu haben.

—* **Bienenzucker.** Vielfach findet man bei Imkern, die sich einem Imkerverein nicht angeschlossen haben, die Ansicht, daß die Imkervereine, wie in der Kriegszeit mit ihrer Zwangswirtschaft, auch heute noch sämtliche Imker — also auch sie — mit Bienenzucker versorgen würden. Diese Ansicht ist irrig. Der Vorstand des Hauptvereins ist froh, wenn er bei der jetzigen Lage auf dem Zuckermarkte die Mitglieder der angeschlossenen Vereine ausreichend versorgen kann. Den sogenannten wilden Imkern durch Zuwendung von Zucker einen Vorteil zu verschaffen, dazu hat kein Verein Anlaß. Nur ein kleiner Teil dieser während der Zwangswirtschaft mitversorgten Imker hat sich dafür dankbar erwiesen und ist einem Verein beigetreten. Die anderen nahmen die Arbeit und die Geldkosten, welche der Verein ihretwegen hatte, als selbstverständlich hin. Sie werden es künftig an ihrem Geldbeutel spüren und lernen, daß es falsche Sparsamkeit ist, wenn man einem Verein fernbleibt, nur um den Jahresbeitrag an diesen zu sparen. Sie werden den nötigen Bienenzucker soviel teurer bezahlen müssen, daß sie von den Mehrkosten mehr als einen Vereinsbeitrag entrichten könnten. Und daß die Zugehörigkeit zu einem Bienenzüchterverein nicht nur diese und andere geldlichen Vorteile, sondern vor allem Förderung in der Bienenpflege, Anleitung in der Meisterschaft, Vertiefung der Freude an der Imkerkunst und am Innenleben usw. bringen kann, diese Erkenntnis und Beleuchtung kann man jenen Imkerkollegen nicht oft genug vor Augen führen. H.

—* **Eine imposante Kundgebung der gesamten sächsischen Landwirtschaft** wird die am 27. Januar im Zirkus Sarrasani in Dresden-N. stattfindende Jahrestagung des Sächsischen Landbundes werden. Der Tagung 1. Teil ist eine Veranstaltung des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft unter dem Vorsitz des Präsidenten des Landeskulturrates, Wirkl. Geh. Rat Dr. Mehnert, in der der Präsident des Reichswirtschaftsrates, Edler von Braun, über das große und in den letzten Tagen viel erörterte Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft sprechen wird. Ferner wird der bekannte frühere preußische Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer sprechen, ebenso der Führer der katholischen (Zentrums-) Bauernvereine Frhr. v. Kerkering, der Vorsitzende des Reichslandbundes Frhr. v. Wangenheim und der bekannte bayerische Bauernführer Dr. Heim. Die Versammlung dürfte gerade im Hinblick auf die Anwesenheit der genannten hervorragenden Führer der gesamten deutschen Landwirtschaft eine über den Rahmen einer Landestagung weit hinausgehende Bedeutung gewinnen und die sächsischen Landwirte in großer Anzahl nach der Landeshauptstadt führen.

—* **Treibeis auf der Elbe.** Infolge des scharfen Frostes geht die Elbe in ihrer ganzen Breite stark mit Treibeis.

—* **Dem Landtage** ist eine Anfrage des Abg. Blüher (D. Vp.) zugegangen, die sich mit der von der Regierung beabsichtigten Schaffung einer Arbeitnehmerkammer beschäftigt. Eine weitere Anfrage fordert Maßnahmen zur Sicherstellung des Religionsunterrichtes in den Volksschulen. — Eine Anfrage der Deutschen Volkspartei weist auf die Aeußerung des Abg. Crispien auf dem Leipziger Parteitage hin, er kenne kein Vaterland, das sich Deutschland nenne. Es wird gefragt, ob die der sächsischen Regierung angehörenden unabhängigen Mitglieder diese Ansicht teilen und welche Folgerungen der Ministerpräsident daraus zu ziehen gedenke. — Die deutschnationalen Abgeordneten Hoffmann und Gen. fragen an, ob die Regierung bereit sei, eine zahlenmäßige Aufstellung über die Kosten der Entfernung königlicher Hoheitszeichen auf den öffentlichen Gebäuden zu geben. — Ein Antrag Dr. Rendtorff (Dntl.) fordert vom Gesamtministerium die schleunige Vorlage des Entwurfes eines Pensionsgesetzes für die Geistlichen und ihre Hinterbliebenen.

—* **Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittelung**, vom 15. bis 21. Januar 1922. In der Arbeitsmarktlage ist eine weitere Verschlechterung eingetreten. Die Zahl der Erwerbslosen ist, namentlich infolge der schlechten Witterungsverhältnisse, weiter gestiegen. Der Bedarf an ledigen Knechten, Burschen und Mägden in der Landwirtschaft blieb ungedeckt, desgleichen infolge Wohnungsmangels der des Stollberger Bergbaues. Die keramische Industrie hat Bedarf an Porzellan- und Elfenbeinmalern, Drehern und Formern, die Metallindustrie an Formern, Kernmachern, Eisendrehern, Bauschlossern, Fräsern, Schwarzblechklempnern, Metallformern, Schnitt- und Stanzenschlossern und anderen geübten Fachkräften. Die Textilindustrie ist in der Hauptsache noch lebhaft beschäftigt, wenn sich auch stellenweise Anzeichen eines flaueren Geschäftsganges bemerkbar machen. Der Bedarf an Arbeitskräften ist im allgemeinen zurückgegangen. Für die Stickereiindustrie bleiben Aufpasserinnen und Fädlerinnen gesucht. Das Sattlergewerbe ist stellenweise wieder besser beschäftigt. Gesucht werden Luxuswagensattler und noch Arbeitskräfte für Reiseartikel. Unverändert schlecht ist der Geschäftsgang im Tapezierergewerbe. In der Holzindustrie ließ die Vermittlungstätigkeit nach. Bedarf liegt vor für Holzbildhauer, Drechsler und Spezialarbeiter für Karosserie und Pianobauer. Die Zahl der erwerbslosen und kurzarbeitenden Tabakarbeiter ist weiter gestiegen. An tüchtigen Schneidergehilfen, Putzmacherinnen und Strohhutnäherinnen besteht weiter Mangel. Im Baugewerbe ist die Zahl der Arbeitsuchenden infolge der ungünstigen Witterung weiter gestiegen. Im Handelsgewerbe hält der Bedarf an jüngerem Personal und gewandten Stenotypistinnen unverändert an. Im Gastwirtsgewerbe herrscht starke Nachfrage nach weiblichem Hilfspersonal. Die Beschäftigungsmöglichkeit für Ungelernte hat sich verschlechtert. Die Nachfrage nach Hauspersonal kann nicht befriedigt werden.

—* **Zweite Sächsische Landwirtschaftliche Woche.** Die Dienstagverhandlungen begannen mit einem Vortrage des Regierungsrates Prof. Dr. Steglich-Dresden über „Zweck und Ziele des Pflanzenschutzes und dessen Organisation im Freistaate Sachsen". Er führte u. a. aus: Die Bekämpfung der Pflanzenfeinde gehöre zum Existenzkampf unseres Volkes, sie sei die Voraussetzung für die Produktionserhöhung. Gegenwärtig sind etwa 30 Pflanzenschutzhauptstellen über das ganze Reich verteilt. Die sächsische Hauptstelle ist die Abt. 3 der staatlichen landwirtschaftlichen Versuchsanstalt. Der Redner gab einen Ueberblick über die ganze Organisation und Tätigkeit dieser Pflanzenschutzhauptstellen und richtete zum Schluß die Mahnung an die Landwirte, sich der Einrichtungen zur Bekämpfung der Pflanzenschädlinge zu bedienen. Vor dem zweiten Vortrage richtete Regierungsrat Neumann vom Landesamt für Kriegerfürsorge einen Appell an die Landwirte, noch mehr als bisher Schwerkriegsbeschädigte in die Betriebe einzustellen. Dann sprach Universitätsprofessor Dr. Zade-Leipzig über Maßnahmen zur Hebung des Futterbaues. Es gelte, so führte er aus, aus eigener Kraft das zu ersetzen, was uns das Ausland früher in Hülle und Fülle geboten habe. Hierbei handele es sich nicht um Vergrößerung der Anbaufläche, sondern darum, von der Flächeneinheit größere Futtererträgnisse zu erzielen. Wir hätten alle Veranlassung, den Luzernenbau zu vergrößern. Ebenso wie die Luzerne sei auch der Rottlee eine sehr bedürftige Pflanze. Große Futtermassen könne man dem Boden mit dem Grünmais abgewinnen. Reiche Düngung, ja Ueberdüngung sei Bedingung. Der Redner legte in seinem interessanten Vortrage Vorzüge und Nachteile beim Anbau der einzelnen Futterpflanzen dar und stand mit Aufklärungen und Belehrungen auf Grund eigener Züchtungen und Erfahrungen den Landwirten zur Seite. — Ministerialrat Prof. Dr. von Wenckstern sprach über Futterkonservierung und zum Schluß sprach Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Falke-Leipzig über Wiesendüngung.

—* **Zweiter Verbandstag des Einheitsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter.** Der ganze zweite Tag (Montag) war mit der Einigungsfrage ausgefüllt. Nachdem zwei Referenten ausführlich über den Gang der Verschmelzungsverhandlungen berichtet hatten, trat man in die Diskussion ein. Dieselbe ergab, daß die Delegierten einstimmig der Verschmelzung zwischen Einheitsverband und Reichsbund zum „Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter, Kriegerhinterbliebener und Kriegsteilnehmer" zustimmten. Dem Verbandsausschuß des Einheitsverbandes wurde Generalvollmacht erteilt, unter Berücksichtigung der eingebrachten Abänderungsanträge zum Satzungsentwurf, auf der am 12. Februar 1922 zu Eisenach stattfindenden gemeinsamen Konferenz des Einheitsverbandes und Reichsbundes die Verschmelzung zu tätigen. Somit ist den Kriegsopfern des Einheitsverbandes und Reichsbundes die Gewähr gegeben, daß ihre Forderungen, dank der Stärke der neuen Millionenorganisation, mehr als bisher an den zuständigen Reichsstellen Beachtung finden. Die Beschlußfassung über die Verschmelzung rief unter den anwesenden Delegierten des Einheitsverbandes einen allgemeinen Jubel hervor.

—* **Die Erhöhung der Mietsteuer auf 50 Prozent der Friedensmiete.** Dem Reichstag ist der Entwurf einer Novelle zum Wohnungsabgabengesetz vom 26. Juni 1921 zugegangen, das zur Deckung der Baukostenbeihilfe eine Abgabe in Höhe von 10 Prozent der Friedens-

mietwerte der vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude aller Art vorsah. Hiervon waren 5 Prozent für die Länder und 5 Prozent für die Gemeinden (Gemeindeverbände) bestimmt. Nach dem neuen Entwurf sollen diese Sätze für Länder und Gemeinden auf je 25 Prozent erhöht werden, so daß der Gesamtbetrag 50 Prozent des Friedensmietwertes betragen soll. Die erwartete Mehreinnahme wird auf 2 Milliarden Mark geschätzt. Dieser Betrag ist, wie die Begründung besagt, mindestens erforderlich, um ein selbst bescheidenes Bauprogramm für 1922 zu ermöglichen. Die notwendigen Baukostenzuschüsse sollen, wie im Vorjahre, möglichst durch Anleihen aufgebracht werden, zu deren Verzinsung und Tilgung die neue Abgabe dienen soll. Was zum Anleihedienst nicht gebraucht wird, soll unmittelbar zur Gewährung von Baukostenbeihilfen Verwendung finden.

—* Der Verband der sächsischen Feuerbestattungsvereine, der augenblicklich etwa 8000 Mitglieder zählt, hielt in Plauen unter Leitung von Stadtrat Schwager-Zittau eine gut besuchte Vertretertagung ab. Der Schriftführer des Verbandes, Direktor Koch-Zittau, erstattete den Jahresbericht, aus dem hervorging, daß die sämtlichen, dem Verband angeschlossenen Vereine erfreulichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen haben, und der im Vorjahre neugegründete Verein in Reichenbach bereits 260 Mitglieder zählt. Der vom Schatzmeister Buchdruckereibesitzer Paul-Leipzig zum Vortrag gebrachte Kassenbericht erwies, daß der Verband über ein Vermögen in Höhe von 6625,40 Mark verfügt. In der sich an die Berichte knüpfenden Aussprache wurde mit Genugtuung festgestellt, daß die Verbandsarbeit sich auf die Gesetzgebung ausgewirkt habe und unser sächsisches Feuerbestattungsgesetz in weitgehendem Maße den berechtigten Wünschen der Feuerbestattungsfreunde entgegenkommt, ja noch darüber hinausgeht, indem es zuläßt, daß die Aschenreste den Angehörigen Verstorbener zu beliebiger Verwendung überlassen werden, während die Anhänger der Feuerbestattung es für wünschenswerter gehalten hätten, wenn eine Beisetzung der Aschenkapseln auf Friedhöfen oder in Urnenhainen bezw. -Hallen verfügt worden wäre. Die Berichte wurden genehmigt und dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. — Der Vorsitzende des Verbandes, Sanitätsrat Dr. Schönborn-Zittau, dessen Amtsdauer noch bis Ende dieses Jahres währt, war von seinem Amte zurückgetreten, von einer Neuwahl wurde Abstand genommen und der stellv. Vorsitzende Stadtrat Schwager-Zittau bis zur nächsten Vertretertagung mit der Führung der Geschäfte betraut. Justizrat Dr. Wachtel-Leipzig erstattete sodann Bericht über die in Leipzig im Juni v. J. ins Leben gerufene Feuerbestattungskasse, die bereits über 1700 Mitglieder zählt, und forderte die übrigen Verbandsvereine auf, sich die Segnungen der Kasse dienstbar zu machen. Versicherungs-Mathematiker Böttcher-Leipzig ergänzte den Bericht in versicherungstechnischer Hinsicht und Stadtrat Adolf Böhme hob neben der segensreichen Wirkung der Kasse auf ihre Mitglieder deren werbende Kraft für die Sache der Feuerbestattung hervor und unterstrich insbesondere das ethische Moment, das bei der Kasse dadurch in die Erscheinung tritt, daß sie den Hinterbliebenen jedwede Mühewaltung bei der Einäscherung eines Dahingeschiedenen abnimmt. Die nächsten Punkte der Tagesordnung betrafen Organisations- und Propagandafragen, die eine durchaus befriedigende Lösung fanden. Die nächste Vertreterversammlung wird voraussichtlich im Januar 1923 in Leipzig oder Dresden stattfinden.

—* Giro- und Postscheckverkehr. Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wird von neuem darauf aufmerksam gemacht, daß die Giro- und Postscheckkonten zur Begleichung ein- und auszuzahlender Beträge auf Postanweisungen, Zahlkarten und Zahlungsanweisungen benutzt und Zahlungen an Postkassen durch Schecks geleistet werden können. Rote und weiße Reichsbankschecks, Postschecks und Ueberweisungen des Postscheckverkehrs, Privatbankschecks und Platzanweisungen können in Zahlung gegeben werden: bei Einzahlung von Postanweisungen und Zahlkarten, beim Einkaufe von Wertzeichen im Betrage von mindestens 10 Mark, bei Entrichtung von Zeitungsgeld durch die Bezieher, bei Entrichtung der Gebühren für außergewöhnliche Zeitungsbeilagen und der Zeitungsgebühr, zur Einlösung von Nachnahmen, zur Einlösung von Postaufträgen mit Ausnahme der Postprotestaufträge und der Postaufträge mit dem Vermerk „Sofort zurück" oder „Sofort an N. in N." oder „Sofort zum Protest", ferner zur Bezahlung aller Beträge, die die Reichs-Postverwaltung aus einem bestehenden Schuldverhältnis zu fordern hat, z. B. Fernsprechgebühren, gestundete Post- und Telegraphengebühren, Miete für Benutzung von Grundstücken, Gebühren für die an Privatpersonen zur Benutzung überwiesenen Telegraphenleitungen und Kabeladern, Schließfachgebühren, Abholergebühren, Gebühren für Privatbriefkarten, Postreklamegebühren und dergl. Wer das Verfahren, die für ihn eingehenden Nachnahmesendungen durch Ueberweisungen oder Schecks einzulösen, benutzen will, hat dies schriftlich bei seinem Briefbestellpostamt zu beantragen und erhält dann einen entsprechenden Ausweis, den er bei der Einlösung von Nachnahmesendungen dem Schalterbeamten oder dem Besteller jedesmal vorlegen muß. Wertzeichen werden beim Einkaufe gegen Scheck oder Ueberweisung im allgemeinen erst ausgehändigt, wenn der Scheck usw. der Postanstalt gutgeschrieben ist. Hat Einkäufer aber bei seiner Postanstalt die sofortige Aushändigung der Wertzeichen schriftlich beantragt und einen entsprechenden Ausweis erhalten, so kann er gegen Vorlegung dieses Ausweises und der Schecks oder Ueberweisungen, Wertzeichen sogleich in Empfang nehmen. Schecks und Platzanweisungen werden allgemein auch dann in Zahlung genommen, wenn ihr Betrag nur einen Teil der Zahlung ausmacht und der Rest bar gezahlt wird. Fernsprech- und ähnliche Gebühren von Reichsbankstrokunden, die kein Postscheckkonto haben, können durch Giroübertragung ohne Ausstellung von Schecks in der Weise beglichen werden, daß — nach Vereinbarung mit der Reichsbankanstalt und nach Abgabe einer entsprechenden Erklärung beim Vermittelungsamt — die Reichsbank die ihr von den Verkehrsämtern mitgeteilten Gebührenbeträge den Girokonten der Teilnehmer zur Last schreibt u. gleichzeitig dem Girokonto der Postkasse gutschreibt. Ein ähnlicher Ausgleich kann auch stattfinden, wenn der Zahlungspflichtige ein Konto bei einer Privatbank usw. mit Postscheckkonto unterhält. Bestätigte weiße Reichsbankschecks werden nicht nur von den Postkassen am Sitze der Reichsbankanstalt, die den Bestätigungsvermerk vollzogen hat, sondern auch von den Postkassen in anderen Orten mit Reichsbankanstalt als Barzahlung angenommen.

*Gröba. Oeffentliche Sitzung des Schulausschusses findet am Donnerstag, den 26. Januar, nachmittags 7 Uhr im Sitzungssaal in der Zentralschule statt. Beratungsgegenstände: 1. Bekanntgabe der Verordnung über die Aufhebung der Schulgemeinden. 2. Wahl des Vorsitzenden und des stellv. Vorsitzenden des Schulausschusses. 3. Beschlußfassung über die Beibehaltung eines Bau-, Jugendwohlfahrts- und Verwaltungs-Ausschusses. 4. Neuwahl von je 7 Mitgliedern für diese Ausschüsse. 5. Beschlußfassung über Teilung der Fachklasse I für Metallarbeiter. 6. Aenderung des Unterrichtsplanes der Klasse für ungelernte Arbeiter. 7. Einführung des Kurzschrift-Unterrichtes als Wahlfach in der Knaben-Fortbildungsschule. 8. Antrag auf Pflichtstundenermäßigungen für hauptamtliche Fortbildungsschullehrer. 9. Antrag auf Errichtung einer zweiten hauptamtlichen Fortbildungsschullehrerstelle. 10. Antrag auf Erhöhung der Entschädigungen für die Kehr- und Scheuerfrauen in der Zentralschule. 11. Beschaffung der erforderlichen Einrichtungsgegenstände für die Schulküche. 12. Mitteilungen und Anfragen. Hierauf nichtöffentliche Sitzung. Berichterstatter: zu 1 und 8 Herr Gemeindevorstand Hans, zu 5—7 Herr Eichler, zu 9 Herr Direktor Börner, zu 10 Herr Ladislaw, zu 11 Herr Schmidt.

*Röderau. Am vorigen Sonntag hielt der hiesige Fechtverein seine Jahreshauptversammlung in Lamms Restaurant ab. Aus dem umfangreichen Jahres- und Kassenbericht war zu ersehen, daß mit großer Liebe und regem Eifer am Werke der Liebe gearbeitet worden ist. Ganz besonders erfreulich war es, daß man das erste Mal im vergangenen Sommer drei Kinder in ein Erholungsheim senden konnte; hoffentlich kann mehreren Kindern in diesem Jahre diese Freude bereitet werden. Um dies zu erreichen, wurde ein Antrag, den Jahresbeitrag von 1 Mark auf 2 Mark zu erhöhen, einstimmig angenommen, auch soll an demselben Zwecke am 12. und 19. Februar ein großes Rosenfest mit allerhand Ueberraschungen im Waldschlößchen abgehalten werden. Da der Reingewinn ausschließlich für die Ferienkolonie bestimmt ist, so wäre ein Massenbesuch zu wünschen. Da unsere Fechtschule nach wie vor jeder politischen Richtung fern steht und wohl die idealsten Zwecke verfolgt, wäre nur zu wünschen, daß sich ihr immer mehr neue Freunde und gebefreudige Gönner zuwenden wollen. Im vergangenen Jahre war es unserm kleinen Zweigverein möglich, im ganzen 2600 Mark Unterstützung zu zahlen.

Ostrau. Die hiesige Beschälstation im Kluckhenn'schen Gute ist wieder eröffnet, nachdem die Hengste „Wacker", „Suffleur", „Roller" und „Max" eingetroffen sind. Die Station steht unter der Leitung des Verwalters Max Keller.

Bornitz. Der Rottenführer Kretzschmar ging von Oschatz nach Bornitz und zwar innerhalb des linken Gleises, weil er wußte, daß der fällige D-Zug ihn auf dem rechten Gleise überholen mußte. Unglücklicherweise lief aber der D-Zug — ab Oschatz 10,27 Uhr — auf dem linken Gleise, was allerdings signalisiert, dem Verunglückten wohl aber nicht bekannt war. Da er wegen der Kälte Ohrschutz trug und wohl auch infolge des Sturmes überhörte er das Herannahen des Zuges und das Signal des Lokomotivführers. Er wurde zu Boden gedrückt, der Kopf zerschmettert und ein Bein überfahren, sodaß der Tod sofort eintrat. Kretzschmar war 47 Jahre alt, Witwer und hat mehrere Kinder. Die Leiche wurde von der Oschatzer Polizei aufgehoben.

Oschatz. Montag kurz nach Mittag lief auf dem Hauptbahnhof der Eisenbahnarbeiter Hanisch aus Altoschatz in eine Rangierlokomotive. Es wurde ihm der rechte Oberschenkel zertrümmert, sodaß dessen Amputation notwendig wird.

Mügeln. Einem hiesigen Landwirte ist es gelungen, in einer Scheune mit einem aufgestellten größeren Fangeisen einen Steinmarder zu fangen, dessen Fell jetzt einen Wert von 2000 Mark hat. Der Marder hatte eine Henne gefaßt, und dann vor allen Dingen sich den Hühnereiern zugewendet, doch dürfte der angerichtete Schaden durch den Fellerlös recht gut ausgeglichen sein.

)(Falkenstein. Als Entschädigung für die beiden seinerzeit von Max Hölz eingeäscherten Villen von Krötenhardt und Lange in der Kaiser-Wilhelm-Straße wurden vom Entschädigungsausschuß zusammen 1 478 594 Mark festgesetzt, wovon auf die Stadt rund 250 000 Mark entfallen.

*Hohenstein-Ernstthal. Ein dreister Schwindel angeblicher Finanzbeamter wurde bei dem in der Bismarckstraße gegenüber der Polizeihauptwache wohnhaften Uhrmachermeister Struve verübt. Dort stellten sich zwei Betrüger als Beamte des Finanzamtes 1 Chemnitz vor mit dem angeblichen Auftrage, sämtliche Goldsachen beschlagnahmen zu müssen. Sie fertigten unter dem Befehl, daß der Uhrmacher und seine Frau das Zimmer nicht verlassen dürften, ein ordnungsgemäßes Protokoll über die Beschlagnahme aus und nahmen Sachen im Werte von über 20000 Mark, darunter ein Diamantring, mit sich. Auf die Frage des Uhrmachers, warum die Polizei nicht mit hinzugezogen werde, antworteten sie, das sei Sache des Finanzamtes. Am übrigen hätte sich der Uhrmacher sogsdarauf in der Lisenenstraße in Ch[illegible] Schwindler entfernen unverfolgt. Bekanntlich haben sich vor einiger Zeit in Mittweida ähnliche Beschlagnahmen zugetragen.

Burgstädt. Freitag nachmittag ließ sich an der hiesigen Girokassenstelle kurz vor Kassenschluß ein Mann nach Einzahlung eines kleinen Betrages ein Scheckbuch ausstellen. Da der Mann, dem das Scheckbuch ausgehändigt wurde, einen falschen Bart zu tragen schien, so wurde er von einem Kassenbeamten verfolgt, und seine Verhaftung behufs Namensfeststellung vor dem Rathaus in Göppersdorf durch die dortige Polizei bewirkt. Es stellte sich dabei heraus, daß der Mann aus Limbach stammt und tatsächlich einen falschen Bart trug. Als Grund gab er an, daß er als Kontoinhaber persönlich nicht erkannt sein wollte. Er wurde in Burgstädt dann wieder aus der Haft entlassen.

Glauchau. Ein neuer Versuch zur Milderung der Wohnungsnot wird in Glauchau unternommen. Der Rat macht bekannt: „Wer in Glauchau eine selbständige Wohnung mit Küche inne hat und in einer solchen Wohnung Räume zur mietweisen Ueberlassung an einen Wohnungsuchenden freimacht und die Mitbenutzung seiner Küche und des Aborts dem Wohnungssuchenden gestattet, kann eine Prämie im Betrage bis zu 1000 Mark aus städtischen Mitteln erhalten, wenn die Vergebung der freigemachten Räume im Einverständnis mit dem Wohnungsamte geschieht und die Räume für eine Zwangsteilung nicht in Frage kommen.

Die Landesgetreiderücklage in Sachsen.

Von Oberregierungsrat Arno Rensch, Leiter der Landesgetreidestelle.

Die Brotversorgung der letzten Jahre hat beim Uebergang in die neuen Ernten immer schwerere Krisen durchmachen müssen. So stand sie im Frühjahr 1920 vor einem Zusammenbruche schlimmster Art. Die Reichsgetreidestelle konnte infolge Schiffsraumnot und schlechtem Ausfall der Welternten nur wenig Auslandsgetreide heranziehen. Die Inlandsernte aber wurde nicht mehr in ausreichendem Maße erfaßt. Der Schleichhandel war zu stark angewachsen, seine wirksame Bekämpfung kaum möglich. Die Ablieferungen gingen bedenklich zurück. Die Reichsgetreidestelle wurde dadurch genötigt, in die Bestände der selbstwirtschaftenden Kommunalverbände einzugreifen und anzuordnen, daß diese alle Vorräte, die sie für die Versorgung ihrer Bevölkerung für die beiden letzten Monate des Erntejahres, d. h. für die Zeit vom 15. Juni bis 15. August 1920 bereithielten, zur Ablieferung bringen sollten. Damit wären auch die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände für diese zwei Monate auf die Hilfe der Reichsgetreidestelle angewiesen gewesen. Es zeigte sich bald, daß diese Bestimmung nicht durchgeführt werden konnte, da die Bevölkerung in den Abgabebezirken ihr Widerstand entgegensetzte.

Unter diesen Verhältnissen hat, wie immer, Sachsen in erster Linie besonders zu leiden gehabt. Die Belieferung der der Reichsgetreidestelle angeschlossenen Kommunalverbände war dermaßen schleppend und unzulänglich, daß sie in den letzten Monaten des Wirtschaftsjahres im Frühjahr 1920 von der Hand in den Mund leben mußten. Wiederholt konnte erst in letzter Minute die Einstellung der Brotversorgung verhindert werden. Es handelt sich bei diesen Kommunalverbänden um die industriellen, dichtbevölkerten Teile Sachsens, insbesondere Mittel- und Westsachsen. Sie mußten zur Ergänzung der Brotherstellung Streckungsmittel in hohem Maße heranziehen, und es ist vorgekommen, daß bis zu 75 Prozent gestreckt werden mußte.

Die Landesgetreidestelle war diesen Verhältnissen gegenüber in einer schwierigen Lage. Von ihr verlangte die Bevölkerung Abhilfe. Sie hatte aber in ihrer Stellung zwischen Reichsgetreidestelle und Kommunalverbänden nicht die ausreichenden gesetzlichen Befugnisse, um diese Notlage beheben zu können. An den Versorgungsverhältnissen der Uebergangszeit Mitte 1920 konnte im Grunde nicht mehr viel geändert werden. Man stand vor der Wahl, entweder den Tageskopfsatz von 200 Gramm Mehl auf 150 Gramm herabzusetzen oder, um die an sich schon geringe Brotmenge von 1900 Gramm Brot wöchentlich weiter gewähren zu können, das Brot zu strecken. Man entschloß sich für diesen zweiten Weg. So wurde Anfang Juli 1920 für das ganze Land zunächst eine 20 prozentige Brotstreckung angeordnet, nachdem die Reichsregierung Genehmigung dazu erteilt und die dadurch entstehenden erheblichen Mehrkosten übernommen hatte. Die durch die Streckung ersparten Getreidebestände sollten an die industriellen Bedarfsgebiete abgeliefert werden, um deren Brotzusammensetzung zu bessern. Auf diese Weise kam man mit vieler Mühe in das neue Erntejahr hinein. Für das neue Wirtschaftsjahr, vom 15. August 1920 ab, aber beantragte Sachsen beim Reiche, daß zur Verhütung der Wiederkehr solcher Zustände schon von Beginn des Wirtschaftsjahres ab im ganzen Reiche eine Brotstreckung zur Ansammlung der erforderlichen Reservebestände eingeführt werden müßte.

Das Reich ordnete infolgedessen für das Wirtschaftsjahr 1920/21 vom 1. Oktober 1920 ab eine 10 prozentige Brotstreckung an. Sachsen, das bis dahin seine 20 proz. Streckung beibehalten hatte, setzte sie von diesem Zeitpunkte an auf 15 Prozent herab, sodaß es noch 5 Proz. für seine eigenen Reserven ansammeln konnte. Diese Reserven hätten ausgereicht, um im Frühjahr oder Sommer 1921 die sächsischen Bedarfsgebiete etwa sechs Wochen

Zum Tode von Arthur Nikisch.

Das „Leipz. Tageblatt" meldet: Im Laufe des Montags nahm der Schwächezustand bei Arthur Nikisch zu, obwohl das Fieber fast gänzlich nachgelassen hatte. Gegen 9 Uhr schlief Professor Nikisch ein und wachte nicht mehr auf. Etwa um 9½ Uhr wurde sein Tod festgestellt. Bis zu diesem Zeitpunkte war er vollkommen bei Bewußtsein und klar im Denken. Die Familie war die letzten Stunden am Lager von Arthur Nikisch versammelt. Auf den ausdrücklichen Wunsch des dahingeschiedenen Meisters wird bei der Einäscherung nur der engste Freundeskreis anwesend sein.

•

Mitten aus einem erfolgreichen Leben ist im Alter von 66 Jahren Arthur Nikisch gerissen worden; eine tückische Grippe hat den weltberühmten Dirigenten in wenig Tagen zur Strecke gebracht. Arthur Nikisch wurde am 12. Oktober 1855 in Ungarn geboren. Schon als Zwölfjähriger begann er sein musikalisches Studium am Wiener Konservatorium für Musik und bereits der Dreizehnjährige errang dort die Goldene Medaille für Komposition sowie einen ersten Preis als Geiger und einen zweiten als Klavierspieler. Die Jahre 1874 bis 1877 sahen ihn als ersten Geiger am Wiener Hofoperndorchester, bis er 1878 zum ersten Male den Boden Leipzigs betrat, und zwar in der Stellung eines Direktors am Stadttheater. Im Jahre 1887 ging Nikisch mit dem Berliner Philharmonischen Orchester nach Paris und leitete damit die ersten persönlichen musikalischen Beziehungen zwischen Frankreich u. Deutschland nach dem Kriege von 1870 wieder ein. Um die Wende der 80er zu den 90er Jahren führte eine mehrjährige Konzertreise mit dem Bostoner Symphonieorchester den Dirigenten durch die Vereinigten Staaten. 1893 zurückgekehrt, übernahm Nikisch die Leitung der Königl. Oper in Budapest, siedelte jedoch schon zwei Jahre später wieder nach Leipzig über als Direktor der Gewandhauskonzerte und Lehrer am dortigen Konservatorium. Seit 1898 war Nikisch gleichzeitig Dirigent der Berliner Philharmonischen Konzerte, deren Leitung er nach dem Tode Bülows übernommen hatte. Das Jahr 1901 brachte ihm den Professorentitel. Es bleibt das unvergeßliche Verdienst Nikisch's, daß er das Erbe Bülows in mustergültiger Weise gemehrt hat. Bülow hatte durch harte Disziplin sein Orchester zu einem tadellos arbeitenden, man möchte sagen, preußischen Mechanismus erzogen, der naturgemäß die Gefahr des formalen Erstarrens in sich barg. Aber Nikisch, der das Philharmonische Orchester drei Jahre nach Bülows Tode nach einem fruchtlosen Interregnum unbedeutender Dirigenten übernahm, löste die Fesseln des Orchesters und wußte ihm die unentbehrliche Freiheit, Beweglichkeit und Sinnlichkeit wiederzugeben. Es kann nicht überraschen, daß an dieser Stätte Nikisch gerade zum Meisterinterpreten Tschaikowskys wurde, dessen fünfte und sechste Symphonie in der Wiedergabe durch Nikisch zu Standard-Schöpfungen genialen Dirigententums geworden sind. Mit vorrückendem Alter fand Nikisch seinen Weg zu Beethoven, zu Bruckner und zu Mahler, und immer war es das Gleiche. Jede kompositorische Eigenart wurde mit künstlerischem Scharfblick und spielendem Können von der Meisterhand Nikischs ins rechte Licht gerückt und zu Gehör gebracht. — Im vergangenen Jahre machte Nikisch als letzte größte Tournee seines Lebens im Verein mit seinem Sohn Mitja, einem befähigten Klavierspieler, eine Reise nach Südamerika, die ihm neue Lorbeeren eintrug.

•

Ueber das Wirken von Arthur Nikisch in Leipzig schreibt das „Leipz. Tagebl." u. a.: Seit 1878 stand der Künstler, eine sechsjährige Unterbrechung abgerechnet, in enger Beziehung zu unserer Stadt. Im Alten Theater dirigierte er anfänglich Operetten. Aber nicht lange. Denn seine Bedeutung konnte nicht verborgen bleiben. Nikisch wurde den beiden Kapellmeistern Joseph Sucher und Anton Seidl gleichgestellt. Unter Max Staegemanns Direktorat wurde Nikisch 1882 erster Kapellmeister und blieb sieben Jahre hindurch im Amte. In die Jahre 1889 bis 1895 fällt sein Aufenthalt in Boston und Pest. Da ereignete sich jene Krise, die den Posten des Kapellmeisters am Leipziger Gewandhaus erledigte. Es ging eine freudige Aufregung im Spätsommer 1895 durch die Gemüter aller Kunstfreunde unserer Stadt, als sich das Gerücht bestätigte: Nikisch kommt wieder! Mit ungeheurem Jubel wurde Nikisch im ersten Gewandhauskonzerte im Oktober 1895 aufs neue begrüßt. Zunächst trat Nikisch in den heiligen Hallen des Gewandhauses als Regenerator auf. Die Tradition empfing einen kleinen Rippenstoß. Neue Namen erschienen auf den Programmen, seltener gehörte Werke waren öfter zu hören. Man empfand den Pulsschlag der neuen Zeit, die sich in Nikisch verkörperte, deren geistiger Niederschlag in seiner Auslegung der Werke klassischer und moderner Signatur häufig, wenn nicht meistens ganz neue Empfindungen und Anschauungen zu wohltätiger Folge hatte. Es war damals kein Wunder, daß sich die Bewunderung des genialen Dirigenten bis zur Ekstase steigerte. Allmählich erst kam Ruhe und Stetigkeit in die Bewegung. Die Anbetung des in der Tat großen Künstlers machte überlegter und durch reifere Erkenntnis gefördertes Wertschätzung seiner eminenten künstlerischen Persönlichkeit Platz.

SLUB
Wir führen Wissen.

fang zu versorgen. Die durch die Brotstreckung ersparten Mengen mußten nur so rechtzeitig und unbedingt sicher erfaßt werden, daß sie in den Zeiten der Not auch wirklich zur Verfügung standen. Zu dem Zwecke hatten die Kommunalverbände dieses Getreide an die Sächsische Landesgetreidestelle, Geschäftsabteilung G. m. b. H., die für die Verwaltung der Landesrücklage gegründet worden war, abzuliefern. Von dieser wurden die Vorräte in Mühlen, und zwar möglichst solchen in Bedarfsgebieten, eingelagert, ständig bearbeitet und beaufsichtigt. Die Durchführung des Planes war nicht leicht. Bei der berechtigten Abneigung der Bevölkerung gegen Streckungsmittel mußte dafür gesorgt werden, daß gute, taugliche Ersatzmehle zur Verfügung standen. Diese wurden in einwandfreiem Maismehl, und zwar von nur 65 proz. Ausmahlung und nach einem besonderen Verfahren entbittert, gefunden. Das Maismehl wurde vom Reiche auf den Roggenmehlpreis verbilligt, sodaß eine Brotpreiserhöhung vermieden wurde. Besonderen Schwierigkeiten begegnete weiterhin die Erfassung der ersparten Getreidemengen aus den Ueberschußverbänden, wo man sich vielfach der Abgabe mit allen Kräften widersetzte. Sie konnte mitunter nur unter Zuhilfenahme nachdrücklicher Maßnahmen erreicht werden. Aber es darf festgestellt werden, daß sich das gute Absicht, welche die Landesgetreidestelle im Auge hatte, mehr und mehr durchsetzte.

Und es war gut, daß zur rechten Zeit die Landesrücklage vorhanden war. Schon im Juli 1921 trat ein außerordentlich starker Mangel an Roggenmehl hervor, ohne das ein gutes Brot nicht hergestellt werden kann. Um diesem Mißstande abzuhelfen, sind den Kommunalverbänden 13900 Doppelzentner Roggen aus der Landesrücklage zur Verfügung gestellt worden. Noch weit bedeutsamer aber wurden die getroffenen Vorsichtsmaßregeln, als mit dem 15. August 1921 das immer mehr versagende alte Zwangswirtschaftssystem aufgehoben und durch das Umlagesystem ersetzt wurde. Nach diesem System haben die inländischen Erzeuger insgesamt nur noch 2,5 Millionen Tonnen Getreide an die Reichsgetreidestelle abzuliefern, während die übrige Ernte freibleibt. Zur Sicherung einer Mindestbrotmenge von 1900 Gramm für den Kopf und die Woche hat die Reichsgetreidestelle etwa die gleiche Menge an Auslandsgetreide einzuführen. Um nun den Gefahren bei der Ueberleitung des alten Systems in das neue zu begegnen, setzte die Landesgetreidestelle bei der Reichsgetreidestelle durch, daß die sächsische Landesrücklage auch für die Uebergangszeit im neuen Erntejahr vom 15. August 1921 ab weiter behalten werden konnte. Die Befürchtungen waren nicht unbegründet gewesen. Die Ablieferungen aus der neuen Ernte kamen nicht rasch genug herein; insbesondere waren vor allem die Gebirgsgegenden mit ihren späteren Erntezeiten stark gefährdet. Hinzu trat der außerordentliche Wassermangel, der die Benutzung insbesondere der Elbe zur Beförderung des Getreides nach Sachsen ausschloß, sodaß die Eisenbahn übermäßig überlastet werden mußte. Der immer noch bestehende Waggonmangel, die Lagerung der Auslandsvorräte in den Seehäfen, die Verstopfung dieser Plätze, die Unmöglichkeit, aus diesen Plätzen das Getreide rechtzeitig in ausreichenden Mengen herauszubringen, taten das ihrige. So gerieten die sächsischen Bedarfsgegenden auch im August 1921 wieder in eine sehr bedrohliche Lage. Zur Aufrechterhaltung der Brotversorgung sind daher den Kommunalverbänden von Mitte August bis Anfang Oktober 1921 insgesamt 70500 Doppelzentner Getreide zur Verfügung gestellt worden. Erst von da ab hatte sich das neue Umlagesystem eingespielt und schien jede Gefahr vorüber.

Vom 15. August 1921 an hat die Reichsregierung jede weitere Brotstreckung untersagt. Rücklagen können also auf diesem Wege nicht mehr angesammelt werden. Man kann nur hoffen, daß die Gefahren in der Lebensmittelversorgung unseres Volkes nunmehr überwunden sind, und daß der Sturz der Mark nicht neue Gefahren heraufbeschwört.

Die künftige Spitze der sächsischen Landeskirche.

SEN. Die Verhandlungen der verfassunggebenden Landessynode gelangten gestern in der **36. Sitzung** zu den wichtigen Abschnitten über den **Landeskirchenausschuß**, den **Landesbischof** und das **Landeskonsistorium**. Der Entwurf des Verfassungsausschusses, der den Verhandlungen zugrunde liegt, stellt an die Spitze der Landeskirche einen **Landeskirchenausschuß**, der aus fünf Mitgliedern bestehen soll, nämlich aus dem Landesbischof, dem Präsidenten der Landessynode und dem Präsidenten des Landeskonsistoriums und zwei weiteren von der Synode zu wählenden Mitgliedern, einem geistlichen und einem weltlichen, die sich um die Kirche besonders verdient gemacht haben, allgemeines Vertrauen in der Kirche genießen und keiner kirchlichen Behörde angehören.

Nach längeren Verhandlungen, in welchen Präsident DDr. **Böhme** erneut die Bedenken des Kirchenregiments gegen die Errichtung eines Landeskirchenausschusses geltend machte und in welchen u. a. auch der Antrag auf Errichtung eines Dreimänner-Kollegiums anstelle des vorgeschlagenen Fünfmänner-Kollegiums an der Spitze der Landeskirche gestellt wird, wurde der Paragraph mit einigen Abänderungen, aber im wesentlichen nach den Grundzügen des Verfassungsausschuß-Entwurfes mit großer Mehrheit angenommen.

Das Amt und der Wirkungskreis des Landesbischofs werden in dem darauffolgenden Paragraphen 28 umschrieben. Danach soll der Landesbischof der führende Geistliche der Landeskirche und als solcher zu allen geistlichen Verrichtungen im ganzen Lande berechtigt sein. Er wird von Synode und Landeskonsistorium gewählt und führt den Vorsitz im Landeskirchenausschuß. Er ist ferner Mitglied des Konsistoriums, ohne jedoch der Dienstaufsicht von dessen Präsidenten zu unterstehen. Er soll u. a. das gesamte religiöse Leben der Landeskirche überwachen und die zu seiner Förderung nötigen Anregungen an die kirchlichen Behörden geben.

Nach einer längeren Besprechung ergibt sich im wesentlichen Uebereinstimmung. Auch diesmal wird wieder wie am 18. Januar über den Titel „Landesbischof" und über das Amt getrennt abgestimmt. Der Titel wird gegen 16 Stimmen, die Vorlage selbst mit folgenden Aenderungen einstimmig angenommen: „Der Landesbischof ist zu Gottesdiensten und zur Wortverkündigung im ganzen Lande (also nicht zu allen geistlichen Veranstaltungen) berechtigt". (Abs. 1.) „Der Landesbischof soll den Vorsitz bei den kirchlichen Prüfungen führen und die Ordinationsurkunden mit vollziehen". (Abs. 2.)

Es folgt die Beratung über Abschnitt 5: **Landeskonsistorium und kirchliche Verwaltung.** Nach § 29 dieses Abschnittes liegt dem Landeskonsistorium die rechtliche Vertretung der Landeskirche ob, soweit sie nicht dem Landeskirchenausschuß oder der Landessynode vorbehalten sind. Er setzt sich zusammen aus einem rechtskundigen Präsidenten, sowie der erforderlichen Zahl geistlicher und weltlicher, namentlich rechtskundiger Räte. Der Bischof ist Mitglied, ohne zur Uebernahme eines bestimmten Geschäftskreises verpflichtet zu sein.

Nach kurzer Aussprache wird der Paragraph unter Ablehnung eines Aenderungsantrages Hickmann mit kleinen redaktionellen Aenderungen einstimmig angenommen.

Ueber **Präsidium und Geschäftsordnung des Landeskonsistoriums** handeln die folgenden §§ 30 und 31, welche **ohne Aussprache genehmigt werden.** § 32 (Geschäftsbereich des Landeskonsistoriums) erklärt die Abänderung, daß die Besetzung der Stellen bei den kirchlichen Gerichten nicht zum Geschäftsbereich des Landeskonsistoriums gehören soll.

Einstimmig und ohne Aussprache werden die §§ 33 bis 43 angenommen. Sie handeln von den **kirchlichen Gerichten**, vom **Landeskirchenfiskus**, dem **Landeskirchenbedarf**, den **Landeskirchensteuern**, dem **Haushaltplan der Landeskirche und Rechnungsprüfung.**

Bei § 44, der die Verfassungsänderung betrifft, wendet sich Syn. Müller-Zwickau gegen die Bestimmung, daß bei wiederholten Verhandlungen eines durch das Einspruchsrecht des Landeskonsistoriums vertagten Beschlusses eine Dreivierteilmehrheit gefordert wird und daß ein Antrag auf Verfassungsänderungen vor Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten der Verfassung der vorherigen Zustimmung des Landeskirchenausschusses bedarf. Er beantragt die Streichung dieser Bestimmung. Der Präsident des Landeskonsistoriums tritt jedoch diesem Antrag entgegen und nach einer weiteren Aussprache wird derselbe gegen 23 Stimmen abgelehnt und der Paragraph in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Die §§ 45—49 (Aufhebung von Kirchengesetzen, Uebergangsvorschriften, Ausnahmen, Inkrafttreten, Ausführung) werden meist ohne Aussprache, § 46 mit einer Abänderung einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 25. Januar, vormittags ½10 Uhr. Fortsetzung der Verfassungsberatungen. Antrag des Finanzausschusses über die Verpachtung der Lehnsgrundstücke.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 25. Januar 1922.

Die Streiklage in Dresden.

X **Dresden.** In einer gestern abend auf dem Hauptbahnhofe abgehaltenen Eisenbahnerversammlung wurde das Ergebnis der Urabstimmung in der Streikfrage bekannt gegeben. Von 1105 abgegebenen Stimmen sprachen sich 779 für und 300 gegen den Streik aus. Den Morgenblättern zufolge hat sich an der Abstimmung die Arbeiterschaft geschlossen, die Beamtenschaft nur teilweise beteiligt. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner steht dem Streik nach wie vor ablehnend gegenüber.

Die Lohnbewegung der Gemeindearbeiter.

X **Dresden.** In den Lohnstreitigkeiten zwischen dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden und den beteiligten Gewerkschaften wurde gestern erneut vor der Bezirksschiedsstelle für kommunale Arbeitertarifsachen verhandelt, nachdem die Schiedsstelle in ihrer ersten Sitzung am 18. ds. Mts. beschlossen hatte, zwei weitere Unparteiische hinzuzuziehen. Da während der Verhandlungen neue Verwicklungen eintraten, deren Entwirrung einige Zeit in Anspruch nehmen wird, kam die Bezirksschiedsstelle trotz 10stündiger Beratung noch zu keinem Schiedsspruch. Man verständigte sich dahin, die Verhandlungen zur Fällung eines Schiedsspruches am 26. Januar fortzusetzen.

Theaterbrand in Dessau.

X **Dessau. Das früher herzogliche Hoftheater steht seit heute mittag in Flammen. Während einer Probe bemerkte einer der Darsteller gegen 12 Uhr einen Feuerschein. Wenige Minuten später war das ganze Gebäude in Flammen gehüllt. Die Ursache war offenbar eine Explosion.**

Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Der Brand wütet mit unverminderter Heftigkeit fort, obgleich die Feuerwehr sofort zur Stelle war, und hat auch bereits auf die daneben liegenden Kammerspiele, sowie ein größeres Geschäftshaus übergegriffen.

Streik in einem Stadtparlament.

X **Eisleben.** Hier hatten die 17 bürgerlichen Stadtverordneten ihre Mandate niedergelegt, um gegen die Vergewaltigung durch die sozialistische Mehrheit zu protestieren. Montag traten nun die 19 sozialistischen Stadtverordneten zu einer Besprechung zusammen und beschlossen, die städtischen Geschäfte mit der sozialistischen Mehrheit allein weiterzuführen. An eine Auflösung sei nicht zu denken.

Regierungskrise in Oesterreich.

X **Wien.** Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat gestern die Beratung über den Vertrag von Prag beendet und ihn mit Stimmenmehrheit angenommen. Zum Berichterstatter im Nationalrat für die am Donnerstag dort stattfindende Verhandlung des Vertrages wurde der gewesene Bundeskanzler Mayer bestimmt.

Man wird aus dieser Wahl wohl auch Schlüsse auf die voraussichtliche Persönlichkeit des neuen Bundeskanzlers ziehen dürfen, obwohl sich wiederum Bemühungen bemerkbar machen, den bisherigen Bundeskanzler Schober an der Spitze auch der neuen Regierung zu erhalten.

Der Wiederaufbau in Nordfrankreich.

X **Paris.** Der Aktionsausschuß für die verwüsteten Gebiete, dem eine Reihe von linksstehenden Abgeordneten angehört, hat eine Tagesordnung angenommen, in der er feststellt, daß die im Budget vorgesehne Summe den Bedürfnissen nicht entspricht und daß im Jahre 1922 der Wiederaufbau in ebenso beschränktem Maße fortschreiten und ebenso unsicher sein werde, wie vorher. Deutschland müsse in kürzester Frist veranlaßt werden, Material und Arbeitskräfte zu stellen. Seit der Sozialistenkonferenz von Frankfurt am Main wissen die Behörden, daß die deutschen Arbeiter in Form von Gilden, die immer zu niedrigeren Preisen arbeiten als die Privatunternehmungen, wiederaufbauen wollen. Der Ausschuß wird eine Unterredung mit dem Minister für die befreiten Gebiete haben, um ihm zu erklären, daß der Tätigkeit der deutschen Gilden im Wiederaufbaugebiet nichts im Wege stehe.

Arbeitervertreter auf der Konferenz in Genua.

X **Paris.** Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple" glaubt zu wissen, daß der italienische Ministerpräsident Bonomi an alle zur Konferenz von Genua eingeladenen Regierungen appelliert habe, in ihre Delegationen einen Vertreter der Arbeiterbewegung und einen Genossenschaftsvertreter mitaufzunehmen.

Dementi.

X **Paris.** Die griechische Gesandtschaft in Paris dementiert formell die Gerüchte von der Abdankung König Konstantins. (Siehe unter „Griechenland".)

Amerika und die Konferenz von Genua.

X **Washington.** Im Weißen Haus wird erklärt, es sei noch nicht möglich, etwas über die Absichten der Regierung bezüglich der Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua zu sagen. Indessen werde eine amtliche Erklärung über diese Frage vor Wochenende erfolgen.

X **London.** Der Washingtoner Berichterstatter der „Times" schreibt: Amerika widersetze sich der Anerkennung der Sowjetregierung. Man sei der Ansicht, Rußland habe nichts zu bieten. Die Herrschaft Lenins, Trotzkis und des roten Heeres hätten Rußland in die augenblickliche Lage gebracht und es könne nur eine Vermehrung des russischen Elendes erwartet werden, solange die Bolschewisten und das russische rote Heer die Lage kontrollierten. In Bezug auf Frankreich herrsche in den höchsten Kreisen ein Gefühl der Bitterkeit und Bestürzung. Von allen Seiten werde auf die unmittelbaren und selbstmörderischen Vorteile der französischen Politiker und auf die unverantwortliche und gefährliche Isolierung hingewiesen, zu der sie bereit schienen, ihr Land zu verurteilen.

Vermischtes.

Zum Tode verurteilte Raubmörder. Das Schwurgericht in Erfurt verhandelte gestern gegen den Bäcker Paul Vatter aus Kleinmölsen, den Schlosser Paul Stange aus Erfurt und den Schäfer Wilhelm Junge aus Bindersleben, die am Abend des 8. Juni 1921 in der Nähe von Erfurt den Handelsmann Richard Koch aus Bindersleben ermordet haben sollen. Vatter und Stange wurden des Mordes und Junge der Anstiftung des Mordes schuldig erklärt. Alle drei wurden zum Tode und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Ein 80jähriger Landwirt als Brandstifter. In Felcha bei Sondershausen legte der 80jährige Landwirt Teichmann Feuer an sein Gehöft, um in den Besitz der Versicherungssumme zu gelangen. Dem Brande sind die Scheune mit sämtlichen Vorräten und die Stallungen zum Opfer gefallen. Der Brandstifter ist in den Flammen umgekommen.

Zwei Kinder von einem Entente-Auto getötet. In Leipheim (Schwaben) wurde eine Kinderschar durch ein Entente-Auto überfahren. Zwei Kinder wurden getötet und zwei schwer verletzt.

Eine wertvolle Kunstsammlung gestohlen. Wie der „Berl. Lokalanzgr." aus Marburg meldet, drangen dort Einbrecher in eine Villa, die eine wertvolle Kunstsammlung barg. Sie stahlen Originale von Elfenbein, die einen Wert von über ¾ Millionen Mark darstellen, weiter Silberarbeiten, ein wertvolles Rauchzeug, einen aus dem Jahre 1586 stammenden Silberbecher, sowie zwei Teppiche.

Die Urteile im Automobilschieberprozeß. In dem umfangreichen Automobilschieberprozeß, der bereits über acht Tage das Gericht in Hannover beschäftigte, wurde vorige Nacht 1¼ Uhr das Urteil verkündet. Es wurden Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und Geldstrafen bis zur Höhe von 42000 Mark verhängt. Freigesprochen werden Fabrikant Wilhelm Thiele-Stendal und Automobilhändler August Präsent-Magdeburg. An Schmiergelder wurden insgesamt 204900 Mark als verfallen erklärt. Die Untersuchungshaft wurde allen denen, die zu Gefängnisstrafe verurteilt wurden, angerechnet. Die Angeklagten wollen zum Teil gegen das Urteil Revision einlegen.

Papst und Film. Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß der verstorbene Papst Benedikt XV. in seiner Weise ein aufrichtiger Freund der Kinoindustrie gewesen ist. Sein scharfer Blick erkannte sehr bald im Film ein vorzügliches Werbemittel, dem der Papst seine volle Sympathie zuwandte. Er entschloß sich daher vor zwei Jahren, ein Filmunternehmen ins Leben zu rufen, das durchaus nicht etwa eine Eintagsfliege war, sondern noch heute mit einem Aufsichtsrat aus Kirchenfürsten unter dem Titel „San Marco — Filmgesellschaft" besteht.

Gewerkschaften von Soldaten. Eine Besonderheit der spanischen Armee, die sich im politischen Leben schon vielfach bemerkbar gemacht hat und auch jetzt wieder bei der Regierungskrise eine Rolle spielt, ist das Bestehen von gewerkschaftlichen Verbänden, den sog. Juntas. Alle Offiziere des spanischen Heeres müssen in eine dieser verschiedenen Gewerkschaften eintreten, die für die verschiedenen Waffengattungen bestehen. Aber kein Stabsoffizier darf Mitglied einer Junta der Linienoffiziere werden. Der politische Einfluß dieser Juntas ist gewaltig. So drohten vor kurzem die Offiziere durch ihre Gewerkschaften, in einen Streik einzutreten, wenn nicht ihre Bezüge erhöht würden, und ihrem Begehren mußte gewillfahrt werden, obgleich es auch der spanischen Finanzverwaltung sehr schwer wird, die dadurch verursachten höheren Summen von den Bürgern aufzubringen. Die Stabsoffiziere stehen außerhalb dieser Juntas, und sie sind während des marokkanischen Krieges der Gegenstand heftiger Angriffe gewesen, indem man die Niederlagen der Untüchtigkeit der Stäbe und besonders des Generalstabs zuschrieb. Die Juntas haben einen offiziellen Protest gegen die Generalstäbler erlassen, worauf einer der Führer dieser Offiziersgewerkschaften verhaftet wurde. Der dadurch entbrannte Kampf zwischen den Juntas und dem Kriegsministerium wird wohl mit dem Siege der ersteren enden, denn die Juntas haben erklärt, den Krieg in Marokko nicht mehr mitzumachen, wenn nicht der verhaftete Führer in Freiheit gesetzt wird. Der König hat sich geweigert, einen vom Minister geforderten Erlaß über die Auflösung der Juntas zu unterschreiben. Zweifellos bietet der spanische Generalstab der Kritik sehr viel Angriffspunkte, die politische Organisation der spanischen Armee ist aber für ihre Schlagfertigkeit ebenfalls sehr schädlich, und diese Uebelstände werden wohl nicht besser werden, bevor Reformen in den Stäben und in der Organisation der Gewerkschaften durchgeführt sind.

Riesenschätze an merkwürdigen Orten. In Tasmanien wurde ein Weg gepflastert, und die Arbeiter bemerkten, daß die Steine, die sie dabei verwendeten, ein gelbliches Leuchten ausstrahlten. Zu ihrer Ueberraschung erkannten sie, daß es Gold war, und nun wurden die kostbaren Pflastersteine durch ein weniger wertvolles Material ersetzt. Auf ähnliche Weise sind auch anderwärts Riesenschätze an unerwarteten Stellen gefunden worden. Die Goldfelder von Santa Barbara in Kalifornien entdeckte man dadurch, daß kleine Goldstücke in den Kröpfen von 30 getöteten Hühnern gefunden wurden. Schon viel Federvieh war vorher an dieser seltsamen Nahrung erstickt. In einem andern Teil Kaliforniens suchten zwei Männer nach Gold, ohne das geringste zu finden, bis endlich der eine vor Ermattung und Enttäuschung starb. Als der andere dem Kameraden sein Grab grub, fand er einen Goldklumpen von 160 Pfund, den er für mehr als 7000 Pfund Sterling verkaufte. Die Goldfelder von Klondike wurden von einem mischblütigen Trapper entdeckt, der beim Auseinanderstoßen des Holzes seines Lagerfeuers einen merkwürdigen gelben Glanz auf dem Boden bemerkte. Als er das seinen Freunden erzählte, begann man sofort zu graben, und es zeigte sich, daß jeder Klumpen Erde Gold enthielt. Als bereits alles Geld und jede Hoffnung verloren war, förderte der letzte Schlag der Picke eines Schatzsuchers die fabelhaften Reichtümer der Silbermine von Gonanza ans Licht, aus der man dann für 40 Millionen Pfund Sterling Silber gewann. Die Silberminen von St. Louis Potosi in Mexiko wurden von einem armen Geistlichen gefunden, der sie zwei sich mühsam durchbringenden Brüdern Bolado zeigte. Die romantischste Geschichte der Art aber ist die Entdeckung der südafrikanischen Diamanten. Im Jahre 1867 blieb ein gewisser John O'Reilly über Nacht bei einem Farmer namens Rickerd. Er sah Kinder mit hübschen Steinchen spielen, die sie im Fluß gefunden hatten und meinte: „Die sehen ja aus wie Diamanten." Der Farmer lachte über den Witz. O'Reilly aber nahm einen der Steine mit und brachte ihn nach Kapstadt, wo er als ein Diamant von 22½ Karat festgestellt wurde und O'Reilly 600 Pfund dafür erhielt. Damit war die Aufmerksamkeit auf die großen Diamantschätze Südafrikas gelenkt.

SLUB
Wir führen Wissen.

Zwei Jahre Wiederaufbau der Post.

In einer Denkschrift, die das Reichspostministerium veröffentlicht, wird eine rückschauende Betrachtung über eine Entwicklungsspanne von zwei Jahren der Reichspost gegeben. Die Vermehrung der bei der Post beschäftigten Kräfte ist sehr groß. Allein die Einführung des Achtstundentages erforderte die Einstellung von 62000 neuen Kräften, was einer Vermehrung von etwa 23 Prozent des Personalbestandes vom Jahre 1913 entspricht. Auch der Postscheckverkehr sowie die Verkehrszunahme im Telegraphen- und Fernsprechbetrieb machte eine Einstellung von insgesamt 41200 Köpfen erforderlich. Aus den an Polen abgetretenen Gebieten mußten 13000 Beamte im Reichspostbetrieb untergebracht werden. Die Hilfskräfte, die bis zum Abschluß des vergangenen Jahres aus ihrer Tätigkeit bei der Post wieder ausschieden, umfaßten etwa 12000 Köpfe. Man rechnet damit, daß sich die augenblicklich noch beschäftigten Hilfskräfte demnächst um weitere 10000 verringern werden. Sehr eingeschränkt worden sind die Postverbindungen auf dem flachen Lande. Auch die Zahl der Postanstalten ist vermindert worden. 42 Zweigpostämter in verschiedenen Städten wurden aufgehoben. Seit Oktober 1920 sind 336 Postagenturen in Posthilfsstellen umgewandelt worden. Die neu eingerichteten Kraftwagenpostlinien beschäftigen 715 Personenomnibusse auf 445 Linien. Die Personenbeförderungseinnahme hieraus wird für 1921 auf 30 Millionen Mark berechnet. Die in Betrieb befindlichen 14 Flugpostlinien umspannen eine Ausdehnung von 5048 Kilometern. Der internationale Postverkehr ist mit allen europäischen Ländern wieder aufgenommen worden. Eine bedeutende Zunahme hat der Telegrammverkehr zu verzeichnen. Der Fernsprechverkehr ist entsprechend gewachsen. Seit Anfang 1920 sind auf dem flachen Lande 1200 neue Telegraphenanstalten mit Fernsprechbetrieb eingerichtet worden. Bei 43 großen Fernsprechämtern sind seit 1920 rund 80000 neue Anschlußmöglichkeiten geschaffen worden. Auch der Funkverkehr ist im Jahre 1921 weiter ausgebaut worden. Von der Postreklame heißt es, daß man in ihr eine gute Einnahmequelle erblickt. Zum Schluß der Denkschrift wird versprochen: „Was Handel und Wandel notwendig brauchen, damit den Bedürfnissen des Verkehrs genügt werde, ist die Verwaltung entschlossen und am Werke mit allen Mitteln zugleich unter Ausnutzung der neuesten technischen Errungenschaften durch ihre Betriebseinrichtungen zu ermöglichen."

Kunst und Wissenschaft.

Verschiebung der Wiener Albertina nach Amerika? Eine Aufsehen erregende Nachricht wird dem „Cicerone" von seinem Newyorker Berichterstatter gemeldet. Aus vollkommen zuverlässiger Quelle ist, wie er schreibt, mitgeteilt worden, daß sämtliche Bestände der wundervollen Handzeichnung-Sammlung der Wiener Albertina für etwa 6 Millionen Dollars an ein amerikanisches Syndikat verkauft oder besser „verschoben" werden sollen. Man soll die österreichische Regierung dazu gebracht haben, daß sie die Albertina als das Privateigentum des reichsten der Habsburger Erzherzöge, des Erzherzogs Friedrich, anerkenne. Da sich ein großes unter französischem Einfluß stehendes Syndikat gebildet hat, das für diesen Erzherzog seine konfiszierten Besitztümer gegen entsprechende Bezahlung wiedererlangen will, so würde die Albertina als sein Eigentum in das Bereich dieses Syndikats fallen, das auf diesem dunklen Wege riesige Verdienste einheimsen möchte. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, „daß energischster Protest seitens der gesamten Oeffentlichkeit in Oesterreich und Deutschland und das ebenso energische Verlangen, die gewundenen Wege dieser Transaktion beleuchtet zu sehen, diesen unersetzlichen Verlust nicht nur für Wien und Europa, sondern, falls die Sammlung in verschiedene Hände übergeht, für die ganze Welt zu verhindern vermag".

Für die anläßlich unserer Silbernen bezw. Grünen Hochzeit in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und schönen Geschenke, sowie für die sonstigen Ehrungen
danken wir hiermit herzlichst.
Riesa, im Januar 1922.
Karl Max und Frau
Fritz Kalich und Frau Irene geb. Max.

Nach spezialärztlicher Ausbildung an der Ohren-Abt. des Stadtkrankenhauses Dresden-Johannstadt und an der Universitätsklinik für Ohren-, Nasen- und Halskranke zu Greifswald habe ich mich in

Großenhain, Frauenmarkt 27
als
Facharzt für Ohren-, Nasen- und Halsleiden

niedergelassen. Sprechstunden werkt. 10—12 und 3—4 (Sonnabends nur vormittags).

Fernruf 318. **Dr. Stoerk.**

Mildners Werkstätten mod. Wohnungskunst
Pausitzer Str. 26 Riesa Pausitzer Str. 26

Bevor noch eine weitere Steigerung der Möbelpreise einsetzt, offeriere ich meiner werten Kundschaft von Riesa und Land:

Zwanzig Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küchen

60 Patentmatratzen ev. m. Betten, 6 Sofas, 2 Chaiselongues in Gobelin und Plüsch, Schreibsessel, Stühle, Nähtische, Säulen, Ständer usw.
Korbmöbel und Erkergarnituren, Klub- und Rauchtische.

Drahtgeflechte
liefern billigst
Gebr. Hertz, Drahtflechterei, Elsterwerda.
Preisliste kostenfrei.

Mädchen als Aufwartung für den ganzen Tag sofort gesucht Rest. Stadt Hamburg

Hausmädchen 15—16 Jahre, sucht Pfarrhaus Prausitz.

Die erzgebirgische
Klöppelindustrie
steht auf hoher Stufe,
an Haltbarkeit übertrifft die Klöppelspitze heute jede andere Spitze, wird deshalb von der Damenwelt mit Recht geschätzt und ist in jeder Haushaltung fast unentbehrlich.
Spezialvertrieb sämtl. Klöppelartikel zur Erlernung der Klöppelei
Emil Beckers Nachf., Leipzig,
Neumarkt, Ecke Peterskirchhof.

Ich war am ganzen Leibe mit **Flechten** behaftet, welche auch durch das ewige Jucken Tag und Nacht peinigten. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medicinal-Seife das Übel beseitigt. Diese Seife ist Hunderte wert. Herg. M. Dazu Zucker-Creme nicht fettend u. seifenhaltig. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

---

50 Mark Belohnung
wer einem jungen anst. Herrn sofort möbl. Zimmer oder Schlafstelle verschaffen kann. Mögl. im Zentrum d. Stadt. Off. u. J Y 8290 an Tabl. Riesa.

Mark 10000 20000 50000
auf gute Hypothek auszuleihen. Off. unter J X 8298 an das Tageblatt Riesa.

Geld in jed. Höhe, sowie Hypotheken, erhalten Leute jed. Standes durch **A. Becker, Heidelberg,** Schließfach 13. Rückporto 2 M.

Junger Herr, 27 Jahre alt, wünscht, da es ihm an Damenbekanntschaft fehlt, mit Fräulein gleichen Alters in Briefwechsel zu treten zwecks spät.
Heirat.
Werte Offerten unt. J Z 8300 an das Tabl. Riesa erbeten

Junges Mädchen, welches das Schneidern erlernt hat, **sucht Beschäftigung i. Geschäft od. Schneiderei.** Werte Offerten unt. J W 8297 an das Tageblatt Riesa.

Für Stenographie und Schreibmaschine
wird Herr od. Fräulein zum baldigen Antritt für ein Fabrik-Kontor gesucht. Off. u. K A 8301a an das Tabl. Riesa.

Für Landvillenhaushalt (2 Kinder) zuverl.
einf. Stütze u. ehrl. fleiß. Hausmädchen
b. gut. Lohn, Kost u. Behandlg. gesucht. **Frau Hilde Brunner, Weißthal** b. Mittweida i. Sa.

Solides jung. Hausmädchen od. Aufwartg. f. 1. 2. gesucht. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Aufwartung gesucht Kais.-Wilhelm-Platz 3a, 3. I.

Tüchtiger
Tischlergeselle
nur solcher, für sofort gesucht.
Fritz Muras,
Möbel- und Bautischlerei,
Neu-Weida bei Riesa.

Starker Läufer
steht zum Verkauf
Merzdorf Nr. 29 b.
Daselbst sind ein Paar **neue Damen-Schnürschuhe,** einmal getrag., zu verkaufen.

---

3 m Anzugstoff, 3 m blauen Kostümstoff, 3 Pultaufsätze, 1 Paneelsofa, wie neu, **1 Doppelfenster,** 220×120, billig zu verkaufen
Hauptstr. 63, 1.

Stallfenster
gebrauchte, 95×65, **4 Stück 2 flügelige Holz-Tore,** 250 mal 200, abzugeben.
Sächsische Möbel-Industrie.

Vereinsnachrichten

Deutscher Beamtenbund, Ortskartell Riesa. Donnerstag, 2. Febr., punkt 7.30 Uhr Hauptausschußsitzung (Jahreshauptversammlung). Tagesordnung durch Rundschreiben. Zum Ballfest der 12. Hundertschaft der Landespolizei am 28. Januar im Stern sind die Mitglieder und Angehörigen eingeladen.

Zither-Musikverein Riesa-Gröba. Morgen Donnerstag abend 8 Uhr außerordentlicher Spielabend. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

Hundefreunde, Tierschutz. Freitag, 27. 1., Gen.-Vers. Karpfsch.

Militärverein Gröba. Donnerstag, 26. Januar, abends 8 Uhr Hauptversammlung im „Anker". Jahresbericht, Kassenbericht, Wahlen.

Evangelischer Jungmännerverein, Riesa.
Großer Lichtspielabend
am Sonnabend, 28. Januar, 1/2 8 Uhr im Wettiner Hof:
Im Zeichen der christlichen Jugend.
1. Vom Meißner Bundesfest. Schwimm- und Turn-Wettkämpfe, Festzug, am Feuer — 2 Akte.
2. Die christliche Jugend in den Stürmen der Gegenwart. Vortrag von P. Müller-Dresden, Bundeswart des ev. Jungmännerbundes.
3. Das Wunder des Schneeschuhs — 5 Akte.

Dazwischen Ansprache, Gedichte, Vorträge des Posaunenchors.
Eintrittskarten 5, 3 und 2 Mark.
— Beginn pünktlich 1/2 8 Uhr. —

Turnverein Riesa.
Sonntag, 29. 1. 22, von 5 Uhr ab
Wintervergnügen (Zirkus Busch)
im Hotel Höhner.

Alldeutscher Verband.
Mitgliederversammlung
Donnerstag, 26. Januar, abends 8 Uhr Elbterrasse.
Besondere Tagesordnung.
Damen und Herren werden herzl. eingeladen.

Bezugscheinfrei!
Erstklassige
Tiefbau-Stückkohle
sowie
Siebkohle, Förderkohle
kann in jeder Menge ohne Bezugschein und ohne Meldekarte abgeholt werden von
Braunkohlengrube „Vogelsfreude"
bei Rothstein (Kreis Liebenwerda)
Post Wahrenbrück.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem so schmerzlichen Verlust meiner treuen Gattin, unserer lieben treusorgenden Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau
Johanne Eleonore Noack
geb. Schönbörner
sagen wir allen von nah und fern unsern
herzlichsten Dank.
Röderau, Zwickau, 21. Jan. 1922.
In tiefer Trauer
Max Noack, Kinder u. Enkel
nebst allen Hinterbliebenen.

Tretet leis' zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh',
Ihr wißt, was ich gelitten habe,
Gönnt mir doch die ew'ge Ruh'.

Plötzlich und unerwartet verschied sanft und ruhig unsere liebe gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester und Schwägerin
Frau Lina Bertha verw. Barth
geb. Nestler,
im 57. Jahre.
Im tiefsten Schmerz die trauernden Hinterbliebenen:
Gröba, den 24. Januar 1922.
Olga Otto geb. Barth
Hermann Barth
Herbert Barth
Erich Barth
Fleischermstr. Fritz Otto
Fritzel Otto
und Verwandte.
Die Beerdigung findet Freitag 1/2 2 Uhr von der Friedhofshalle aus statt.

Sauberes Maßkundenkleid verl. billig Mathildenstr. 1, 1. L.

Dezimalwage
20 Ztr. Tragkraft, zu kaufen gesucht. Off. unt. K B 8302 an das Tageblatt Riesa.

Fernglas
zu kaufen gesucht. Ang. unt. K C 8303 an das Tabl. Riesa.

Mikroskop
(besseres Instr.) zu kaufen gesucht. Off. unt. J V 8296 an das Tageblatt Riesa.

Prima Gänsefedern
liegen zum Verkauf bei
Knisse, Neugröba
— am Bahnhof. —

Zahle höchste Preise f. Schlachtgeflügel aller Art und Eier. Hole ab. Hecking, Pöwitz. Telef. 118.

Brikettausgabe
für Riesa-Land
morgen Donnerstag.
Oscar Hantusch.

Maschinentöpfe
Schmortöpfe
Bratpfannen
emaillierte Gußeisen
G. Degenkolbe Nachf.
Hauptstraße 14.

Nähmaschinen-Reparaturen
werden prompt und sauber ausgeführt. — Sämtliche Ersatzteile vorrätig. — Oele.
Franz & Emil Müller
Nähmaschinenhandlung
Merzdorf. Fernspr. Riesa 606
Riesa, K.-W.-Platz. Fspr. 607.

Ziehung
15.—18. Februar 1922
Geldlotterie
des Sächs. Heilstätten-Vereins f. Lungenkranke
Hauptvertrieb:
Ad. Müller & Co.
Leipzig, Brühl 10/12
Nur 140 000 Lose,
8190 Gewinne und eine Prämie,
zus. **420000 M.**
Höchstgewinn im günstigsten Falle:
150 000 M.
100 000 M.
50 000 M.
25 000 M.
ohne Abzug
Kleinster Gewinn **20 M.**
Lose zu 10 M.
(Postgeld u. Liste 3.50 M.) bei d. Staatslotterie-Einnehmern u. den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Wünsch's
Marionetten-Theater
Riesa, Hotel Kronprinz
Donnerstag, den 26. und Freitag, den 27. Januar.
Ella, die Seiltänzerin
oder: Ein verlorenes Leben.
Schauspiel in 6 Akten.
Hierauf im Theatrum mundi
Der feuerspeiende Berg Aetna.
Prachtvolle Kunstmalerei.
Anfang 8 Uhr.
Bruno Wünsch.

Wegen Todesfall
bleibt mein Geschäft Freitag von vorm. 10 bis nachm. 4 Uhr geschlossen.
Fleischermstr. Fritz Otto
— Gröba. —

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.

Vor Genua.

In schonender Form, aber deshalb nicht weniger deutlich ist Lloyd George in seiner letzten Rede von Poincaré abgerückt. Nur auf diesen und seine politischen Freunde war es gemünzt, wenn Lloyd George erklärte: „die Männer, die die Konferenzen hassen, sind die Männer der starren Ansichten, die Männer, die nicht gern der Wirklichkeit ins Auge sehen. Es ist gut, wenn sie gezwungen werden, dies hin und wider zu tun". Poincaré und seine Leute werden dieser aufrüttelnden Mahnung um so weniger ihre Ohren haben verschließen können, weil sie wissen, daß hinter Lloyd George eine überwältigende Mehrheit des englischen Volkes steht, während sie sich auf ein Parlament stützen, das zwar noch 1½ Jahre Lebensdauer vor sich hat, aber im französischen Volke von Tag zu Tag an Vertrauen verliert. Mit wie großer Schonung die führenden Männer der andern Ententestaaten auch das nervenkranke Frankreich zu behandeln suchen, um es nicht zu plötzlichen impulsiven törichten Handlungen aufzureizen, so strömen auf das französische Volk doch jetzt fortwährend soviele Aeußerungen des Mißfallens über die Poincarésche Politik aus dem Auslande ein, daß der dadurch hervorgerufene Stimmungsumschwung nicht ohne Rückwirkung auf das neue Kabinett bleiben kann. Mehr noch wie Lloyd Georges Rede muß das Programm des für Genua ausersehenen Hauptdelegierten, des Handelsministers Hoover, die Franzosen zur Vernunft rufen, der die Beteiligung Amerikas am Wiederaufbau Europas von der Erfüllung mehrerer Voraussetzungen abhängig macht, und zwar der Deflation des Notenumlaufs in Europa, der Herstellung des Gleichgewichts in den europäischen Budgets, der Regelung der deutschen Reparationslasten innerhalb einer Grenze, die der deutschen Zahlungsfähigkeit entspricht und der Herabsetzung der Ausgaben für die europäischen Landheere. Der Berichterstatter der „Times" hebt hervor, es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Teile des amerikanischen Volkes mit den Forderungen Hoovers vollkommen übereinstimmen. Umso beachtenswerter ist der Umstand, daß der Bericht Hoovers der Presse zur Veröffentlichung übergeben wurde unmittelbar nach der Erklärung Poincarés, daß Deutschland die gesamte Summe bezahlen müsse und daß die Teilnahme Frankreichs an der Konferenz von Genua von der Versicherung abhängen werde, daß dort die Frage einer Abänderung des Friedensvertrages von Versailles nicht erörtert werden würde.

Die öffentliche Meinung sowohl in England wie in Amerika heischt dringend die Wiederherstellung des mitteleuropäischen Absatzgebietes und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands. Die Politik Poincarés muß alle auf diese Ziele gerichteten Bestrebungen hemmen, wenn nicht unmöglich machen. Das empfindet zweifellos auch Poincaré selbst, faßte er doch in seiner letzten journalistischen Arbeit vor dem Sturze Briands sein Urteil über die Genua-Konferenz dahin zusammen, daß Deutschland dabei nichts zu verlieren, aber nur zu gewinnen habe, während Frankreich dort nur zu verlieren, aber nichts zu gewinnen habe. Deutlicher konnte er nicht zum Ausdruck bringen, daß er auf dem Schein von Versailles, unbekümmert um das Schicksal der gesamten Kulturwelt mit der blinden Halsstarrigkeit der Juristen im antiken Rom bestehen will, deren Grundsatz bekanntlich lautete: „Das Recht muß herrschen und wenn die Welt darüber zu Grunde geht." Die Welt ist aber weder durch den juristischen noch den politischen Imperialismus der alten Römer zu Grunde gegangen, zu Grunde ging lediglich das römische Weltreich selbst; eine Warnung für das Poincarésche Frankreich.

Die Fortsetzung der englisch-französischen Verhandlungen.

Ueber die gestern dem französischen Botschafter in London erteilten Weisungen für die Fortsetzung der Verhandlungen mit der englischen Regierung berichtet Havas offiziös: Die **französischen Vorschläge** betreffend den geplanten **englisch-französischen Schutzvertrag** seien folgende: Die ursprünglich auf 10 Jahre festgesetzte Dauer des Abkommens sei nach Ansicht der französischen Regierung unzureichend. Sie schlage eine Ausdehnung auf 15 oder 20 Jahre vor. Das Abkommen müsse den Charakter der Gegenseitigkeit tragen. Nicht nur ein deutscher Angriff auf französisches Gebiet, sondern auch ein solcher gegen die alliierten Truppen in der neutralisierten rheinischen Zone müsse als feindselige Handlung gelten, durch die das Abkommen wirksam werde. Schließlich müsse die militärische Unterstützung beider Mächte für den gegebenen Fall hinsichtlich des Umfanges und der Dauer zwar nicht in einer Militärkonvention, wie zu Unrecht behauptet werde, festgesetzt werden, wohl aber durch dauernde Abmachungen zwischen beiden Generalstäben ähnlich denen des Jahres 1912 geregelt werden. Die **Orientfrage** werde durch eine Konferenz der Außenminister Englands, Italiens und Frankreichs anfangs Februar in Paris verhandelt werden. Das Abkommen von Angora stehe jetzt nicht mehr auf der Tagesordnung. Der entscheidende Punkt der Debatte sei, wie die drei Mächte den Griechen und Türken ihre Vermittlung vorschlagen könnten, um die Fortdauer der Feindseligkeiten zu verhindern. Ueber die **Konferenz von Genua** sollen später Verhandlungen aufgenommen werden. Bis jetzt habe die Sowjetregierung ihre offizielle Einladung zur Konferenz noch nicht beantwortet. Die ersten Beratungen der Konferenz in Genua sollten sich nach dem Wortlaut der Tagesordnung auf die Möglichkeit vollziehen, Grundsätze in die Praxis umzuändern und die politische Freiheit im Innern, Achtung vor dem Eigentum der Ausländer, Anerkennung der öffentlichen Schulden, Einführung eines normalen Währungssystems sowie den Verzicht auf jede Propaganda und jeden Angriff gegen Nachbarstaaten umfassen. Die französische Regierung werde höchstwahrscheinlich Wert darauf legen, sich im Voraus mit den übrigen alliierten Mächten über den Sinn der Garantien zu verständigen, deren in der Praxis diese Grundsätze bedürften, und werde dementsprechend ihre Durchführung auf gemeinsamer Grundlage verlangen.

Wie die „Agence Havas" aus London meldet, sind die Instruktionen des französischen Ministers des Aeußern bezüglich des englisch-französischen Paktes in der französischen Botschaft angekommen. Da Lord Curzon gestern und heute abwesend ist, können die Besprechungen zwischen ihm und de St. Aulaire nicht vor Donnerstag beginnen. Die Auffassung Frankreichs über die Frage von Tanger und über die orientalische Frage wird nächstens in London dargelegt werden. Ferner soll ein Schriftstück über die Konferenz von Genua folgen.

Amerikas Bedingungen.

Die Sektion Vereinigte Staaten der interamerikanischen Oberkommission, deren Vorsitzender Hoover ist, veröffentlicht einen Bericht, in dem es heißt: Bevor ein endgültiger Schritt in der Richtung einer dauernden wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas oder der Welt erhofft werden kann, müssen zwei Hauptprobleme gelöst werden:

1. die Neuregelung der deutschen Reparationen auf der Grundlage innerhalb einer praktischen Zahlungsfähigkeit des deutschen Volkes;

2. Verminderung der von gewissen Nationen auf dem europäischen Festlande noch aufrechterhaltenen bewaffneten Streitkräfte.

Die „Times" sagt hierzu: Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß alle Teile des amerikanischen Volkes mit dieser Erklärung vollkommen übereinstimmten. Alle seien der Ansicht, daß dies die Bedingungen für die Wiederherstellung der Welt seien und daß nur diese Bedingungen eine Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua ermöglichten.

Einer Exchange-Meldung aus Washington zufolge sind Staatssekretär Hughes und Hoover gegen die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua oder an irgendetwer anderen Wirtschaftskonferenz, bevor nicht Frankreich dem ursprünglichen Flottenübereinkommen zustimmt oder eine weniger kriegerische Haltung annimmt, bevor nicht Rußland sein Heer abrüstet und bevor nicht Europa allgemein seine durch die militärischen Ausgaben aus dem Gleichgewicht gebrachten Budgets in Ordnung bringt.

Noch keine Einigung in der Steuerfrage.

Die Haltung der Sozialdemokraten.

Aus Berlin wird gemeldet: Die gestrigen **interfraktionellen Besprechungen** über das **Steuerkompromiß** haben zu **keiner Einigung** geführt. Während der Verhandlungen ergriff der **Reichskanzler Dr. Wirth** wiederholt das Wort, um die Lage zu beleuchten und die Dringlichkeit des Kompromisses hervorzuheben. Die **Sozialdemokraten** gaben die **Erklärung** ab, sie müßten auf einem **sichtbaren Opfer des Besitzes** nach wie vor bestehen, sei es auf dem Wege der Zwangsanleihe, sei es auf irgend einem andern Wege, auf dem das Ziel erreicht werden könne. Die bürgerlichen Parteien nahmen diese Erklärung zur Kenntnis, ohne zu ihr Stellung zu nehmen; insbesondere hat sich das Zentrum bisher weder für noch gegen die Forderungen der Sozialdemokraten festgelegt.

Dem „Vorwärts" zufolge hat der Reichskanzler den Vorstand der Fraktion der U. S. P. für heute vormittag zu einer Besprechung eingeladen.

Besprechung über die Reparationsfrage.

Gestern vormittag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung über die **Reparationsfrage** statt. Die Erklärung der Regierung, die auf der gestrigen Tagesordnung des Reichstages stand, wurde nicht abgegeben. Wie verlautet, wird der Reichskanzler die angekündigte Rede voraussichtlich erst am Donnerstag halten.

Ein Ultimatum der Eisenbahner.

Der erweiterte Vorstand der Gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter hat beschlossen, ein befristetes Ultimatum an die Reichsregierung zu richten, in dem die sofortige Besserung der Einkommenverhältnisse, insbesondere die Erhöhung der Gehälter der untern Gruppen, verlangt und das Arbeitszeitgesetz abgelehnt wird.

Neue Austritte aus der kommunistischen Reichstagsfraktion.

Nachdem aus der kommunistischen Reichstagsfraktion noch die Abgeordneten Geyer jun., Eichhorn, Malzahn, Brak, Friese, Pletiner und Bertele ausgeschieden sind, ist die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft, zu der die Ausgetretenen übergegangen sind, auf 15 Mitglieder und somit zu Fraktionsstärke angewachsen. Die übrig gebliebenen elf Mitglieder der KPD. dagegen haben jedes den Fraktionen zustehende Recht verloren.

Eine Interpellation über angebliche rechtsputschistische Umtriebe.

In der gestrigen Plenarsitzung des **bayerischen Landtags** stand auch eine Interpellation der USP. zur Beratung, die von der Regierung Auskunft verlangt, ob sie gegen diejenigen Personen vorzugehen gedenkt, die sich während der Septembertage des vergangenen Jahres an den **rechtsputschistischen Umtrieben** beteiligt haben. Minister des Innern Dr. **Schweyer** erwiderte, die verantwortlichen Stellen und die Polizeidirektion hätten bei der damaligen gespannten Lage die ihnen zugegangenen Mitteilungen nicht leicht nehmen dürfen und es sei ihre Pflicht gewesen, aus allen Erscheinungen die Konsequenzen zu ziehen, um gerüstet zu sein. Wenn ihnen die Linke bestimmte Täter oder strafbare Handlungen aus der damaligen Zeit nennen wolle, werde die Regierung sofort entsprechend vorgehen.

Eine Zusammenkunft am Quai d'Orsay.

Der englische Minister des Aeußern **Lord Curzon** und der italienische Minister des Aeußern **Marchese della Torretta** werden am 1. Februar mit **Poincaré** am Quai d'Orsay in Paris eine Zusammenkunft haben, um die orientalische Frage zu prüfen.

Die Reparationsfrage in Cannes.

„Petit Parisien" geht, offenbar beeinflußt, auf die Aeußerung Lloyd Georges in seiner Londoner Rede ein, die dahin lautete, es sei in Cannes ein Abkommen über die Reparationen vorbereitet worden. Es sei unrichtig, daß ein derartiges Abkommen vor Beendigung der Konferenz getroffen worden sei. Infolge der Unterredungen von Cannes und um den Interessen Belgiens Rechnung zu tragen, habe die britische Delegation am 10. Januar, zwei Tage vor der Demission Briands, ein Memorandum überreicht, nach dem Deutschland 720 Mill. Goldmark im Jahre 1922 zahlen solle. Es sei darin auch vorgeschlagen worden, der Reichsbank eine größere Autonomie zu geben. Von französischer Seite habe man noch nicht die Hoffnung aufgegeben gehabt, daß Deutschland eine größere Summe bezahlen könne, darüber sei am 11. Januar verhandelt worden. Da aber kein Abkommen geschlossen worden sei, sei alles wieder in Frage gestellt. Es könne also keine Entscheidung vor der Uebermittlung der deutschen Vorschläge getroffen werden. Sogar in den letzten Tagen seien gewisse alliierte Sachverständige bemüht gewesen, es dahin zu bringen, daß man wieder auf die Ziffer von 500 Millionen Goldzahlungen, die man in London vorschlage, zurückkomme: Das erfordere die ganze Aufmerksamkeit Frankreichs.

Gaston Jeze veröffentlicht im „Ere Nouvelle" einen Artikel über die neue Politik. Man dürfe nicht vergessen, daß der deutsche Reichtum aus Privateigentum bestehe. Zweifellos stehe in den Verträgen, daß das deutsche Vermögen die Forderung der Alliierten garantiere. Aber an alle Juristen müsse man die Frage richten: Ist das eine juristische Garantie? Versetzt das die alliierten Regierungen in die Möglichkeit, sich unmittelbar des deutschen Privateigentums zu bemächtigen? Eine negative Antwort sei sicher. Die Alliierten hätten als Schuldner das durch die deutsche Regierung vertretene Deutschland. Die Regierung und nur die Regierung habe die Aufgabe, die Zahlungsmittel zu finden. Die Alliierten könnten und müßten auf sie einen Druck ausüben, um sie zum Zahlen zu bringen. Letzten Endes aber sei es die deutsche Regierung, die von dem Privatvermögen die notwendigen Abgaben erheben müsse, um sich ihrer Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu entledigen. Jeze faßt den französischen Standpunkt folgendermaßen zusammen:

1. Es ist äußerst schwierig, eine so ungeheuere Forderung, wie die Forderung an Deutschland einzuziehen. Wenn das gelingen soll, müssen die Alliierten sich darum bemühen. Ein isoliertes Vorgehen wird absolut ohnmächtig sein.

2. Die Zuhilfenahme der Gewalt wird uns in unlösliche Schwierigkeiten stürzen sowohl bei den Deutschen als bei den Alliierten.

3. Selbst unter Mitwirkung der Alliierten wird die völlige Einziehung der Forderung von Deutschland unmöglich sein, wenn Deutschland sie nicht will, denn die Zahlungsmittel müssen durch die Arbeit des deutschen Volkes herbeigeschafft werden. Wir müssen also das deutsche Volk davon überzeugen, daß es ein Interesse an der Bezahlung hat. Dazu müssen alle Völker der Welt die Deutschen durch Wirtschafts- und Finanzabmachungen zur Produktion anregen, anstatt Zollschranken vor ihnen aufzurichten und ihre Waren unter Prohibitivmaßnahmen zu stellen.

Der belgische Ministerpräsident über Cannes.

In der belgischen Kammer erklärte der Ministerpräsident u. a.: Wir mußten in Cannes die Frage des Zahlungsaufschubs prüfen. Die Sachverständigen erkannten einstimmig, daß man Deutschland für das Jahr 1922 Erleichterungen gewähren müsse, aber gegen neue Sicherheiten. Es ist in der Tat erforderlich, daß Deutschland, damit man von ihm Entschädigungen erhalten kann, einen gewissen Grad des Wohlstandes zurückgewinnen muß. Die belgische Regierung zeigte sich immer fest entschlossen, daß die belgische Priorität respektiert werde. Im Augenblick des Rücktritts Briands hatte man sich dahin geeinigt, die Barzahlungen Deutschlands für 1922 auf 720 Millionen festzusetzen, wovon Belgien 580 Millionen auf Grund seiner Priorität erhalten sollte.

Die russische Frage.

Die Moskauer Blätter stellen mit Befriedigung fest, daß außer Frankreich alle Länder Europas in der russischen Frage mit England gehen. Die Diplomatie dieser Länder habe endlich die einzig vernünftige, allen verständliche Sprache der wirtschaftlichen Notwendigkeit zu sprechen begonnen. Nur der französische Imperialismus stehe allen Versuchen wirtschaftlichen Aufbaues in Europa im Wege. Die „Prawda" schreibt, die Napoleone der französischen kapitalistischen Regierung, die die Mittel des Landes zu unsinniger Bewaffnung vergeudeten und von einem Regierungssturz in Moskau als Pfand für die zarischen Schulden träumten, würden hoffentlich bald die breiten Massen des französischen Proletariats gegen sich haben.

Die russische Handelsdelegation in London hat aus Moskau eine Mitteilung erhalten, in der es heißt, Tschitscherin habe in Beantwortung der Einladung Bonomis zur Konferenz in Genua erklärt, eine außerordentliche Tagung des allrussischen Vollzugsausschusses werde am 27. Januar zusammentreten, um die Delegierten für die Konferenz zu ernennen. Tschitscherin ersucht Bonomi um möglichst baldige Mitteilung über die Zusammensetzung der geplanten Konferenz und darüber, ob die im Obersten Rat vertretenen Regierungen das Programm der Konferenz erörtert haben. Eine solche Mitteilung würde es der russischen Regierung ermöglichen, das Programm zu erwägen.

Noske redet.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover, **Noske**, hielt auf der Kreiskonferenz der Sozialistischen Partei eine Rede, in der er u. a. ausführte: Man dürfe sich nicht über die Größe der internationalen Beziehungen täuschen. Hinter den Reden französischer Sozialisten stände nichts und bis zu einer sozialistischen Bewegung im Auslande sei noch ein sehr weiter Weg. Bei allen Abrüstungsverhandlungen in Washington sei nichts herausgekommen. Man dürfe in Deutschland nichts auf die Gegensätze zwischen Frankreich und England geben. Deutschland ständen auch so Tage vermehrter Sorge bevor. Das Zusammenarbeiten mit dem Zentrum sei genau so gefährlich, wie mit der Deutschen Volkspartei, denn es drohe eine nicht zu unterschätzende Katholisierung der Staatsämter. Jetzt heiße es einpacken mit allen Sozialisierungsbestrebungen, solange die akademische Jugend nicht gewonnen sei. Die Anspannung der Steuern nütze nichts mehr. Die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler sei bereits überschritten. Es sei falsch, zu glauben, die Besitzenden trügen nichts. Zu einer Reichstagsauflösung zu treiben sei gefährlich, denn die Radikalen würden wieder gelb werden, die Demokraten zerfasern, aber die Rechtsparteien zunehmen.

Die Kreiskonferenz beschloß mit allen gegen 4 Stimmen, Noske für die nächste Reichstagswahl als Spitzenkandidat für die sozialistische Liste aufzustellen.

Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 24. Januar.

Das Haus erledigt zunächst kleine Anfragen. Auf eine Anfrage des Abg. **Wulle** (Dnat.) gibt ein Regierungsvertreter die Erklärung ab, daß angesichts der allgemeinen Lage und der Kohlenlieferung an die Entente es leider nicht möglich sei, **Tirol und Vorarlberg besser mit Kohle** zu versorgen. Uebrigens fehle es hier eigentlich nur an Qualitätskohle.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. **Roesicke** (Dnat.) gibt ein Regierungsvertreter Aufschluß über die zu gründende **große Gesellschaft zum Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen.** Alle Interessentenverbände, Landwirtschaft, Konsumvereine, Handwerk und Gewerbe würden daran beteiligt, das Reich erhalte 25 Prozent Beteiligung.

Sodann wird die Beratung des

Reichsschulgesetzes

fortgesetzt.

Abg. **Kunert** (U. Soz.) bedauert, daß nur die Geistlichkeit, nicht aber Lehrer und Elternschaft vorher befragt wurden. Der Entwurf bedeutet die Auslieferung der Schule an die Kirche. Der Religionsunterricht soll den ganzen Lehrplan beherrschen. Das wäre ein Verbrechen an dem Geist der Kinder. Redner beantragt, über den Entwurf zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. **Weiß** (Dem.): Die gestrige Debatte hat gezeigt, wie tief leider noch immer die konfessionellen Gegensätze gehen. Pflicht des Staates ist, die Schulerziehung nicht nur

SLUB
Wir führen Wissen.

als Warner, sondern als Kläger zu übernehmen. Wie verträgt sich dieser Entwurf des Staatssekretärs Schulz mit dem alten Bildungsreformer Schulz? Es wird nicht die frühere Bekenntnisschule wieder angestrebt, sondern auch der Unterricht in anderen Fächern, wie Geschichte, soll konfessionell beeinflußt werden. Wir wollen den Religionsunterricht nicht beseitigen, aber es gibt auch noch andere Fächer, die geistig und sittlich bildend sind. Erziehungsrecht und Erziehungspflicht der Eltern wollen wir nicht beeinträchtigen. Rechte und Verpflichtungen zwischen Staat, Kirche und Familie müssen aber genau abgegrenzt werden. Unser Ziel ist die nationale Einheitsschule.

Staatssekretär **Schulz**: Bei diesem Gesetz, das aus schwerer politischer Not entstanden ist, ist in erster Linie der Politiker und nicht der Pädagoge der Wortführer. Weder Lehrer noch Bischöfe sind über den Entwurf befragt worden, die Regierung hat gesucht, einen Ausgleich zu finden. Zufrieden ist niemand. Man mag aber die Dinge sich erst einmal entwickeln lassen. Verfassungswidrig ist der Entwurf nicht, wohl aber kann man das Weimarer Schulkompromiß verschieden auslegen. Gedacht ist die Gemeinschaftsschule als Regel, die Frage der Bekenntnisschule ist Sache der Ausführung. Aber auch die Weltanschauungsschule ist nach dem Kompromiß zu berücksichtigen, da mag der Reichstag ein Kraftwort sprechen. Der Entwurf ist nicht Werk eines Einzelnen. Schulkonferenzen, Reichskabinett und Reichsrat haben sich tagelang mit ihm beschäftigt. Trotzdem hat er mir Unfreundlichkeit in Menge eingetragen, aber ich werfe die Flinte nicht ins Korn und hoffe, daß noch etwas Gutes zustande kommt.

Abg. Frau **Lang-Brumann** (V. Vp.) kann sich von der Gemeinschaftsschule kein rechtes Bild machen. Die Tatsache, daß der Entwurf die Bekenntnisschule der Gemeinschaftsschule hintansetzt, genügt für ihre Partei, das Gesetz abzulehnen.

Frau Abg. **Zetkin** (Komm.) hält die Vorlage für eine faule Frucht an dem faulen Baum des Schulkompromisses. Sie rühmt das aufblühende Volksschulwesen Sowjet-Rußlands und sieht in den Ausführungen des Staatssekretärs Schulz nur ein Zeichen des tiefen politischen Verfalls seiner Partei. Sie appelliert an die Massen, den Kampf für das Schulideal des Proletariats zu führen.

Staatssekretär **Schulz** erklärt, der Entwurf sei nur eine Etappe zum Reichsschulgesetz, ebenso wie das Grundschulgesetz, das kommende Lehrerbildungsgesetz und die Vereinbarungen der Länder mit dem Reich über die Erziehungsbeihilfen. Der vorliegende Entwurf habe nur die Aufgabe, einen Ausweg aus der unglücklichen Verstrickung unseres deutschen Volkes in religiöser Beziehung zu finden und sei im übrigen nur die Ausführung des Weimarer Schulkompromisses.

Abg. **Adolf Hoffmann** (Komm. A. G.) meint im Hinblick darauf, daß Staatssekretär Schulz sich seinen Vollbart habe abnehmen lassen, man müsse nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich von ihm sagen: „Mensch, wie hast Du Dich verändert". Auch innerlich sei er dem Zentrum sehr nahe gekommen. Religionsunterricht mögen die Eltern ihren Kindern nach wie vor erteilen lassen, aber nicht in der Schule. Hinaus mit dem Aberglauben, der Heuchelei und dem Kadavergehorsam aus den Schulen. Als Redner sich gegen die christliche Ethik wendet, ruft Abg. Laverrenz (Dnat.): Uns wollen Sie aber an den Laternenpfahl hängen! Abg. Hoffmann entgegnet: Nein, das wäre schade um den Strick! Er wird deshalb zur Ordnung gerufen. Wir hängen keinen, wir wollen Ihnen das Arbeiten lernen (schallende Heiterkeit). Das ist Ihre größte Strafe.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an den Bildungsausschuß.

Mittwoch nachmittag 1 Uhr Interpellationen, kleine Vorlagen und Ausschußberichte.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Steuerakten Helfferichs. Der frühere Kriminalwachtmeister und jetzige Privatdetektiv Hauschild wurde wegen versuchter Bestechung zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte einem Finanzassistenten in Wilmersdorf 1000 Mark für jede aus den Steuerakten des Staatsministers a. D. Dr. Helfferich abgeschriebene Seite angeboten.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat vorgestern behufs Vertretung der Wiederherstellung der finanziellen Unabhängigkeit der Städte sowohl dem Reichsfinanzminister wie dem Reichsrat und Reichstag gegenüber einen Ausschuß gebildet, der aus den Oberbürgermeistern Boeß-Berlin, Adenauer-Köln, Blüher-Dresden, Glaeßing-Darmstadt, Luther-Essen und Mitzlaff, früher in Bromberg, besteht. In Uebereinstimmung mit dem vom Wohnungsausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates gefaßten Beschluß hält der Vorstand des Deutschen Städtetages trotz aller volkswirtschaftlich entgegenstehenden Bedenken die Erhöhung der Reichswohnungsbauabgabe auf 100 Prozent der Friedensmiete für unvermeidbar. Ferner wurde zum Beamtenrätegesetz und zum Arbeitsnachweisgesetz Stellung genommen und über die Vorarbeiten zur Gründung eines Haftpflichtversicherungsverbandes der Stadtgemeinden Mitteilung gemacht.

Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft kam gestern angesichts einer Eingabe des Handlabundes die Frage der Aufhebung der Demobilmachungsverordnungen zur Sprache. Während die drei sozialistischen Parteien für die Beibehaltung der Verordnungen eintraten, verlangten die Sprecher der Deutschnationalen, der deutschen und der bayrischen Volkspartei ihre Aufhebung. Der Ausschuß entschied sich schließlich mit 12 gegen 11 Stimmen für die Beibehaltung der Demobilmachungsverordnungen.

Aus der bayrischen Königspartei. Nach Meldungen aus München ist der bisherige Landesvorstand der bayrischen Königspartei Mayer-Kaiserslautern, gegen den ein Verfahren wegen Hochverrat schwebt, von seinem Posten angeblich aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten.

Metallarbeiterstreik im Industriegebiet. Blättermeldungen aus Essen zufolge hat die Lohnkommission der drei Spitzenverbände der Metallarbeiter in Hagen zur Durchsetzung ihrer Lohnforderungen den allgemeinen Ausstand beschlossen.

Die Großhamburger Frage. Die Zentralstelle für die Gliederung des Reiches hat zur Großhamburger Frage einstimmig ein Gutachten abgegeben, das zunächst hervorhebt, daß die Zerschneidung des zwischen Süder- und Norderelbe gelegenen Seehafengebietes durch die Landesgrenze und die Gemengelage der Stadt Hamburg mit einer großen Anzahl preußischer Gemeinden erhebliche Schwierigkeiten für die volle wirtschaftliche Ausnützung und die bauliche Erschließung und Verwaltung des Gesamtgebietes ergeben, sowie daß eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse im allgemeinen deutschen Interesse liege. Diese Aenderung werde nicht durch die Einverleibung Hamburgs in Preußen erfolgen können. Da die Erweiterung des Hamburger Hafens nur nach Süden möglich sei, sei die Einverleibung der preußischen, auf den Elbinseln liegenden Gemeinden Wilhelmsburg, Neuhof, Altenwerder und Finkenwerder erwünscht. Eine engere Verwaltungsgemeinschaft der preußischen und der hamburgischen Gemeinden westlich bis etwa Wedel, nördlich bis zu den Hamburger Enklaven, den sogenannten Walddörfern, östlich bis etwa Reinbeck sei notwendig. Bei der Einverleibung der Gebietsteile der Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein nach Hamburg müßten die finanziellen Interessen der beiden Provinzen und der beteiligten Kreise gewahrt werden. Das Gutachten schließt: Nach der Lage der derzeitigen besonderen Verhältnisse ist die Aenderung der preußisch-hamburgischen Grenze gegen den Willen der beiden Länder und der Bevölkerung der beteiligten Provinzen unerwünscht und kaum durchführbar. Die Zentralstelle stimmt den Ausführungen am Schlusse des Kommissionsberichtes vom 30. April 1921 dahin zu, daß die Anerkennung der allgemeinen deutschen Interessen bei einer wirtschaftlichen und insbesondere sparsamen Verwaltung dieses für das ganze Reich wichtigen Hafen- und Städtegebietes gerade in der heutigen Zeit Verhandlungen zwischen den Beteiligten erleichtern müsse. Um die vorhandenen Gefahren einer weiteren unorganischen Ausgestaltung dieses Gebietes zu beseitigen, empfiehlt die Zentralstelle daher, sobald wie möglich in solche Verhandlungen einzutreten.

Dem Prozeß des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gegen den preußischen Finanzminister wegen der behaupteten rechtswidrigen Aneignung der Besitzung Flotow-Krojanke ist außer dem Prinzen Heinrich auch Prinz Friedrich Siegismund von Preußen beigetreten.

Tschechoslowakei.

Bergarbeiterstreik. Im Falkenauer Bergrevier befinden sich 10 000 Arbeiter im Streik. Gestern begannen im Arbeitsministerium Einigungsverhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiter.

Republik Oesterreich.

Die Tiroler gegen den Vertrag von Lana. In der gestrigen Sitzung des Tiroler Landtags brachten die großdeutschen Abgeordneten Schweinitzhaupt und Genossen einen Dringlichkeitsantrag ein betr. Einspruch des Tiroler Landtags gegen den Abschluß des Vertrages von Lana. Nach kurzer Debatte wurde der Dringlichkeitsantrag mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten angenommen.

Griechenland.

Vor der Abdankung des Königs? Der Athener Berichterstatter des „Daily-Expreß" schreibt: Es sei dem Könige Konstantin mitgeteilt worden, daß normale Beziehungen mit Griechenland nur wiederhergestellt werden könnten, wenn er seinem Sohne Georg seinen Platz einräume. Der britische Vertreter in Athen legte dem Könige die Lage vollständig klar. Konstantin sei endgültig zum Beschlusse gekommen, daß seine Abdankung im Interesse des Landes liege. — Soll Konstantin diesmal das Opfer einer Verständigung zwischen England und Frankreich in der Orientfrage werden? An sich entspricht es durchaus der Prestigepolitik Poincarés, daß er als Gegenleistung für ein Nachgeben Frankreichs in der Orientfrage das Verschwinden des dem Franzosen nun einmal verhaßten Griechenkönigs verlangt. England ist in solchen Fragen niemals sentimental gewesen und opfert die Person bedenkenlos der Sache. Griechenlands Stellung ist in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht so schwierig, daß ihm der englische Wunsch als Befehl gelten muß. Man darf aus der Tatsache, daß England Konstantin fallen läßt, den Schluß ziehen, daß die englisch-französische Einigung in der Frage der Stellungnahme zu den Kemalisten auf dem Marsch ist.

Belgien.

Revision des Defensivabkommens mit Frankreich. Nach der „Chicago Tribune" ersuchte Belgien die französische Regierung um eine Revision des französisch-belgischen Defensivabkommens vom August 1920. Als Grund gibt das Blatt an, daß Lloyd George Belgien einen Garantiepakt unter der ausdrücklichen Bedingung vorschlug, daß Belgien keinen Vertrag abschließe, der mit dem englischen auf Wiederherstellung der anerkannten Neutralität Belgiens hinzielenden Abkommen unvereinbar wäre. Die Brüsseler Regierung sei darum gezwungen, die Auflösung der Allianz mit Frankreich nachzusuchen, die von Foch entworfen und dazu bestimmt sei, die Schelbelinie im Falle eines deutschen Angriffs zu verteidigen.

Aegypten.

Ein Manifest des nationalistischen Komitees. Gestern wurde ein von 8 Mitgliedern des nationalistischen Komitees unterzeichnetes Manifest veröffentlicht, worin die Aegypter aufgefordert werden, gegen die Engländer die von den radikalen Nationalisten Indiens befolgte Boykottmethode anzuwenden. Die einmütige gründliche Anwendung der Boykottwaffe werde die Engländer zwingen, die Rechte der Aegypter anzuerkennen und ihre Freundschaft zu suchen. Die Verhaftung der 8 Unterzeichner wurde verfügt. Alle Zeitungen, die das Manifest veröffentlicht haben, wurden verboten.

Rußland.

Der russisch-finnische Konflikt. Wie das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten mitteilt, hebt die Regierung immer noch entschieden auf dem Standpunkt, keine Einmischung fremder Mächte in den russisch-finnischen Konflikt über Ost-Karelien zu dulden, auch nicht die des Völkerbundes.

Haftung für aufgelieferte Güter. Vom 1. Februar ab übernimmt die russische Eisenbahnverwaltung wieder die volle Haftung für die aufgelieferten Güter.

England.

Reden Asquiths und Greys. Montag fand in der Centralhalle in Westminster eine Kundgebung der unabhängigen Liberalen statt, wobei Asquith und Lord Grey Reden hielten, deren Grundton die Forderung nach Beseitigung der Koalitionsregierung und Rückkehr zur Parteipolitik waren. Asquith erklärte, die unabhängigen Liberalen seien für den Frieden, für die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens, für Freihandel, Herabsetzung der Tarife zur Erschließung der Märkte, Verminderung der unproduktiven Ausgaben, Herabsetzung der Steuern und eine stärkere Abrüstungspolitik. Grey kennzeichnete die Beziehungen zu Frankreich als eine ernste Frage und sagte: Der Oberste Rat hat den Glauben und das Vertrauen untergraben, das so viele Jahre zwischen Frankreich und uns bestand. Die Wiederherstellung der Beziehungen mit Frankreich ist die Hauptforderung in der heutigen europäischen Politik. Bevor dieses alte Vertrauen zwischen den beiden Regierungen nicht wieder hergestellt ist, wird keine Konferenz gelingen und kein Versuch, Europa wieder aufzubauen.

Amerika.

Von der Washingtoner Konferenz. Die chinesischen und japanischen Delegierten verständigten sich über die Rückgabe der Salzbergwerke von Schantung an China. Die Chinesen erkannten die japanischen Interessen an diesen Bergwerken an.

Vermischtes.

Die Flucht über die Niagarafälle. Die aufregende Flucht eines von dem Schicksal des Gelynchtwerdens bedrohten Negers über den vereisten Niagara in der Nähe der berühmten Fälle wird in amerikanischen Blättern berichtet. Der Neger Matthew Bullock war bei einem Aufstand der Farbigen gegen die Weißen zu Jackson, bei dem zwei Weiße getötet wurden, mit seinem Bruder und einem anderen Neger verhaftet und ins Gefängnis geworfen worden. Zwei Tage danach stürmte eine wütende Masse das Gefängnis, schleppte den Bruder Matthews und den anderen Neger heraus und lynchte sie. Bullock, dem es gelungen war, sich zu verstecken, fürchtete das gleiche Schicksal und unternahm daher das Wagnis, über den vereisten Niagara nach Kanada zu flüchten. Das verzweifelte Unternehmen gelang, und er kam glücklich auf kanadischem Boden an. Nun verhandeln die Vereinigten Staaten mit der kanadischen Regierung über die Herausgabe des Flüchtlings.

Karte Köpfe.

Roman von Maria Gerbrandt. 37

„Ich denke, wir haben ausgeredet," sprach er kurz und wandte ihm den Rücken. — Thiele stieß einen unartikulierten Laut aus, preßte dann die Lippen zusammen und sprengte davon.

Udo achtete gar nicht mehr auf ihn. Zögernd, mitleidig sah er auf den Alten, auf die herbeigeeilten Kinder. Er wußte, was diese hungrigen Gesichter, diese flehenden Blicke von ihm heischten. Er mußte sich sehr Gewalt antun, daß er in den Wagen stieg, ohne vorher den Inhalt seines Portemonnaies an sie zu verteilen. Aber bevor er das Ende des Dorfes erreicht, war ihm der Gedanke daran so drückend geworden, daß er es als große Erleichterung empfand, auf dem Steg, der vom Wald herführte, Schwester Lina daherkommen zu sehen. Er ließ abermals halten und erwartete sie am Rande des Weges, auf den ihr Pfad mündete.

Ueber das ernste, etwas starknochige Antlitz Schwester Linas floß eine Röte freudiger Ueberraschung, als sie den jungen, gnädigen Herrn ihr entgegentreten sah. Sie hatte sich natürlich bereits über das Verhalten der Gutsherrschaft auf Rainau ihre eigenen Gedanken gemacht. Ein paarmal war Frau von Lessenheim ihr, wenn sie für ihre Schutzbefohlenen ansprach, mit geringen Mitteln zu Hilfe gekommen — ein paarmal auch hatte sie sich entschuldigen lassen, sie wegen Krankheit nicht empfangen zu können. Daß diese, wenn auch noch so wohlwollende Dame wenig zu tun vermöge, war Schwester Lina längst klar geworden. Sich aber an Udo zu wenden, hatte sie bisher nicht über sich gewonnen, so eifrig die alte Frau Fließ, in deren Hause sie ja wohnte, ihr dies auch angeraten. Nun aber hatte er kaum sie verbindlich gegrüßt, nach ihrem persönlichen Ergehen sie befragt und dann stockend mit seiner bewegten Stimme von den Bewohnern der Kate gesprochen, die er eben gesehen, sowie den Inhalt seiner Börse ihr zur Verfügung gestellt, da faßte sie sich ein Herz, und auch sie begann: „Darf ich ganz offen sein, Herr von Lessenheim?" —

Dasselbe Lied! Als er endlich wieder an den Wagen herantrat, der langsam neben ihnen gefahren war, während sie — Hand auf Mund! — der zum Gut führte, hinschritten, sah er so niedergeschlagen aus, daß es ihr fast leid tat, ihm einen so tiefen Einblick in das herrschende Elend eröffnet zu haben. Aber es war doch ihre Pflicht gewesen. Wer noch eine Spur von Menschlichkeit besaß, der durfte nicht so sorglos im Schoße des Reichtums, des Glückes dahinleben, mochte er ein noch so verwöhnter Liebling des Geschickes sein.

„Noch eins, liebes Fräulein," sprach Udo, die Hand bereits auf dem Wagenschlag, „Sie kamen eben aus dem Walde, wie mir schien?"

„Ja, von der Sägemühle. — Die Kleine dort bei Herrn Baumann hat doch nun keine Mutter mehr."

„Ich weiß!" Er starrte in die Ferne. Ganz beiläufig hatte er es gestern gehört, daß man soeben Georgs Frau, die an den Folgen einer verfrühten Entbindung gestorben, herüberbringe auf den Friedhof des Dorfes. „Wie stehts denn nun dort?" fragte er tonlos, ohne sie anzusehen, und schlug die Plüschdecke zurück.

Sie zuckte die Achseln. „Herr Baumann ist so gedrückt — man könnte fast Angst um ihn haben. — Aber," fuhr sie hoffnungsvoll fort, „allmählich wird er wohl anfangen, sich über das Kleine zu freuen. Es ist ein reizender Junge und ihm wie aus den Augen geschnitten. Bloß sehr zart — aber wir werden es schon durchbringen, und dann hat er doch etwas, der arme Mann."

Sie lächelte. Udos Augen ruhten voll Teilnahme auf ihren sonst nicht schönen Zügen, die der Gedanke an das kleine Wesen völlig verklärt hatte.

„Sie werden gewiß auch bei der Uebersiedelung helfen?" sprach er freundlich.

„Ja — hoffentlich! Das heißt — bis dahin wird Frau Baumann, die Mutter vom Herrn Baumann, wohl so weit sein, daß Fräulein Agnes nicht mehr gebraucht wird, und dann soll sie zu ihrem Bruder und ihm auf Felgenthal die Wirtschaft führen."

„Ah! — Herzlichen Dank für ihre Mitteilungen, mein Fräulein. Leben Sie recht wohl!"

Er reichte ihr die Hand. — „Und Sie nehmen es mir nicht übel," bat sie, die ihre hineinlegend, mit einem Anflug von Verwirrung, der ihr sonst selten kam, wo sie aus Gewissenhaftigkeit aufrichtig gewesen, „daß ich so viele Klagen auf einmal angebracht habe?"

„Das darf ich ja nicht." Er lächelte schwach.

„Von heute ab wird mir noch einmal so leicht ums Herz sein," sprach sie froh.

Er erwiderte nichts darauf. Neben dem Schlage stehend, wartete er, bis sie sich zum Rückweg gewandt, dann stieg er ein und legte den Rest des Heimwegs zurück.

17. Kapitel.

Langsam legte er in seinem Zimmer Ueberrock und Handschuhe ab. Er war fest überzeugt, daß Thiele ihm bereits bei seinem Vater zuvorgekommen sein würde. Jedoch etwas in ihm, das selbst seine besten Freunde Hochmut nannten, hatte ihn jeden Versuch verschmähen lassen, seinem den Rang abzulaufen. Mithin konnte die bevorstehende Auseinandersetzung sehr stürmisch verlaufen. Und abgesehen davon, daß er von jeher einen fast körperlichen Widerwillen gegen alle Szenen besessen, so fühlte er seit dem letzten Zerwürfnis mit seinem Vater ein unerklärliches Grauen davor, auch nur die leiseste Meinungsverschiedenheit gegen ihn zu verfechten. Er war noch immer so müde seitdem, so — ach, eigentlich unlustig, dies nutzlose Leben weiter zu schleppen. Trotzdem man ihm allerseits als Bräutigam eines süßen Wesens gratulierte, das — wie sollte er es nennen? — ein glücklicher Moment, ein unverdienter Zufall ihm in die Arme geworfen hatte.

Er stand am Fenster und starrte lange über die grünen Baumwipfel nach der Gegend hinüber, wo Felgenthal lag, drückte die Lider zu und hob mit einer zärtlichen Bewegung die Arme. Dann ging er hinunter.

Der Gutsherr schien ihn erwartet zu haben. — „Ah, gut, daß Du kommst," sagte er, sich bei seinem Eintritt erhebend, „Thiele war soeben hier. Er klagte mir, daß Du ihn verhindert hättest, Leute mitzunehmen, die er auf meinen ausdrücklichen Befehl zur Arbeit holte. Das ist ja wohl nicht möglich?"

Er wies einladend auf einen Stuhl; sie setzten sich.

„Daß er es auf Deinen ausdrücklichen Befehl tat, glaubte ich allerdings nicht," entgegnete Udo, „denn der Mann, um den es sich handelt, war so krank, daß er sich kaum aufrecht halten konnte."

(Fortsetzung folgt.)